Erste Ausgabe.

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark. Die Hallische Zeitung erscheint wochentäglich in erster Ausgabe Vormittags 11½ Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 4½ Uhr.

Hallische Zeitung

Insertionsgebühren für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 15 Pf. sonst 18 Pf. Reclamen am Schluß des redactionellen Theils pro Zeile 40 Pf.

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 102. Halle, Dienstag, 3. Mai 1887. (Ausgegeben am 2. Mai Vormittags.) 179. Jahrgang.

☛ Zur **Ersten Ausgabe** gehört als **Beilage**: die Novelle von V. Alexandrt „Das Blumenmädchen von Florenz", S. 13—16.

Für die Monate **Mai** und **Juni** werden Abonnements auf die

Hallische Zeitung

zum Preise von 2 Mark für Halle von der Expedition, den bekannten Ausgabestellen und den Zeitungsspediteuren, für Auswärts von sämmtlichen Kaiserl. Postanstalten entgegengenommen.

Halle, den 2. Mai.

Politische Mittheilungen.

* Der Kaiser hörte am Sonnabend den Vortrag des Grafen Perponcher, arbeitete Mittags mit dem Chef des Militärkabinets und hatte demnächst eine längere Konferenz mit dem Staatsminister v. Bötticher. Später unternahm der Monarch eine Fahrt durch den Thiergarten. Am Abend besuchte Se. Majestät die Vorstellung im Opernhause. — Im Laufe des Sonntag Vormittags empfing der Kaiser die Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Felddienst-Ordnung. Nachmittags ertheilte der Kaiser dem Erbmarschall der Kurmark, Hermann Gans Edler Herr zu Putlitz-Wolfshagen, welcher die Ehre hatte, die Familiengeschichte derer von Putlitz zu überreichen, Audienz. Um 2 Uhr unternahm der Kaiser eine Spazierfahrt und ertheilte nach der Rückkehr von derselben dem Botschafter in Paris, Grafen Münster, vor seiner Abreise von Berlin eine besondere Privat-Audienz. Um 5 Uhr fand bei den Majestäten eine kleinere Familientafel statt. — Die Frau Prinzessin Wilhelm war durch Unpäßlichkeit verhindert, der Einladung der Kaiserlichen Majestäten zu folgen.

* **Ein Dankschreiben des Kaisers Wilhelm** an den Papst für die Herstellung des religiösen Friedens soll nach dem „Berl. Tgbl." abgegangen sein. Der Kaiser soll nach derselben Quelle zugleich dem Papst die Unterstützung des deutschen Einflusses zugesagt haben, um auch anderwärts, soweit wie möglich, das Wachsthum der Religion herbeizuführen. (?)

* **Die Kaiserin wird sich dem „Deutsch. Tgbl."** zufolge am 14. Mai nach Baden-Baden begeben.

* **Der Bundesrath** hat am Sonnabend die **Branntweinsteuer-Vorlage nach den Anträgen der Ausschüsse angenommen.** Die letzteren haben am Freitag ihre Berathungen abgeschlossen und noch mehrere Abänderungen beantragt; man hofft einen Reinertrag von 100 Millionen Mark aus den Steuern zu erzielen.

* Das Herrenhaus hat das Volksschulleistungsgesetz und einige kleinere Gesetzentwürfe unverändert in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

* Das Abgeordnetenhaus erledigte die Uebersicht über die Etatsüberschreitungen im Jahre 1885/86 und berieth dann den Staatsvertrag mit Waldeck. Abg. Windthorst befürwortete Genehmigung des Vertrags, ermahnte aber die kleinen Staaten zu vorsichtiger Wirthschaft, um nicht ebenfalls ihre Souveränetät bald einzubüßen wie Waldeck. Abg. Stumpf, ein geborener Waldecker, pries mit humoristischen Worten die besondere Tüchtigkeit dieses kleinen Ländchens, aus welchem viele hervorragende Männer hervorgegangen. Die Vorlage wurde alsdann der Budgetkommission überwiesen. Schließlich erledigte das Haus Wahlprüfungen und Petitionen. Eine Petition um Ausbau der Bahnlinie Wülfrath-Ratingen rief längere Debatten hervor und wurde der Regierung als Material überwiesen. Eine Anzahl Petitionen über Fischerei-Interessen wurde nach längerer Erörterung der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Am Montag findet die Berathung des Nachtrags-Etats statt.

* Die Herrenhaus-Kommission hat die Anträge von Kleist-Retzow — Selbständigkeit der evangelischen Kirche und finanzielle Dotirung derselben — auch in 2 Lesung mit großer Mehrheit angenommen. Abgelehnt wurde nur der Antrag, die Bestimmung im Art. 21 des Gesetzes vom 3. Juni 1876, wonach Veränderungen der kollegialen Verfassung des evangelischen Oberkirchenraths und der Konsistorien der Genehmigung durch ein Staatsgesetz bedürfen, in Wegfall zu bringen.

* **Die Budgetkommission des Reichstages** hat ihre Durchberathung des Nachtrags-Etats beendigt und die von den verbündeten Regierungen im Interesse der Erhaltung und Stärkung unserer Wehrkraft geltend gemachten Forderungen in allen Punkten als berechtigt anerkannt. Man wird diese Erscheinung und den Gegensatz gegen das Elend der früheren Reichstagsmehrheit, den sie zum Bewußtsein bringt, doppelt freudig begrüßen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Kommissionsmehrheit mit dieser Haltung zugleich endlich entschieden mit der unsinnigen Anschauung gebrochen hat, daß das Parlament grundsätzlich die Aufgabe habe, an allen, auch den wohlerwogensten und auf das knappste Maß gestellten Anforderungen der Regierung zu mäkeln und zu streichen. Wir hätten, wenn diese Theorie noch länger eine Mehrheit hinter sich gehabt hätte, unmöglich dem Schicksal entgehen können, einem System der Heuchelei und der Unehrlichkeit zu verfallen, da unserer Regierung schließlich nichts anderes übrig geblieben wäre, als absichtlich mehr zu fordern, als sie gebrauchte, und sich dann im Parlament auf das wirkliche Maß des Bedürfnisses herunterschachern zu lassen.

* Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat in ihren weiteren Berathungen die Mandate der Abgeordn. Deahna (Schwarzburg-Sondershausen), Kleine (Dortmund), Menken (2. Köln), Stöbel (5. Düsseldorf), Dr. Hammacher (6. Düsseldorf), Lender (8. Baden), Hobrecht (3. Marienwerder) und Dietze-Barby (7. Magdeburg) für giltig erklärt. Alles in Allem hat diese Kommission somit jetzt von einigen 60 Wahlbeanstandungen 30 erledigt und zwar nur eine durch Ungiltigkeitserklärung. Bezüglich zwei weiterer bestrittener Mandate ist der Beschluß gefaßt, schriftliche Berichterstattung an das Plenum eintreten zu lassen, während über alle übrigen mündlich berichtet werden wird. Auch diese Kommission erledigt also, wie man sieht, ihre Aufgabe mit Eifer und in einer Weise, deren Gegensatz zu der früheren schleppenden und nur für die Ausübung der Tendenz-Beredsamkeit vortheilhaften Praxis man angenehm empfindet.

* Die deutschfreisinnige Commission für Sozialpolitik, die sich durch eine Reihe weiterer Cooptationen verstärkt hat, beschloß die Veranstaltung öffentlicher Versammlungen zur Erörterung der Innungsfrage in Verbindung mit der Frage der gesetzlichen Anerkennung der Berufsvereine.

* Ein Nachtragsetat zum preußischen Staatshaushaltsetat für 1887/88 ist im Abgeordnetenhause eingegangen. Der Nachtragsetat balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 12 775 689 ℳ; hiervon entfallen 11 296 829 ℳ Ausgaben auf die Erhöhung der Matrikularbeiträge als Folge des neuen Militärgesetzes. Außerdem sind in den Nachtragsetat aufgenommen die Ueberschüsse bezw. Zinsausgaben der neuverstaatlichten Privatbahnen. Aus den neuen Etatsziffern ergiebt sich, daß die neuen Eisenbahnen dem Gesammthaushalt des Staates keinen Ueberschuß gewähren, sondern einen Zuschuß von ca. 424 000 ℳ erheischen. Außerdem enthält der Nachtragsetat noch neue Mehrausgaben im geringeren Betrage zur Deckung der Kosten, welche die Ausführung des neuen Kostengesetzes bei der Güterkonsolidation im Regierungsbezirk Wiesbaden mit sich bringt, dadurch, daß die Funktionen des Spruchkollegiums auf die Generaldirektion in Kassel übergehen und an Stelle der Landräthe besondere Kommissare in Thätigkeit treten. Endlich werden auch geringe Kostenbeträge verlangt, um in dem Kopfbau der Schweinehalle auf dem städtischen Centralviehmarkt in Berlin eine staatliche Anstalt zur Erzeugung von Thierlymphe einzurichten.

* **Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat folgenden Antrag eingebracht:**

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Kgl. Staats-Regierung zu ersuchen, im Bundesrathe ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß mit Rücksicht auf die in Folge des erheblichen Preisrückgangs der Produkte bedrohliche Lage der Landwirthschaft eine Vorlage, welche auf Erhöhung der landwirthschaftlichen Schutzzölle gerichtet ist, dem Reichstage baldigst unterbreitet werden möge".

* Anwendung des Einspruchsrechts. Aus Posen meldet die „Köln. Volksztg.": Der Oberpräsident erhob Einspruch gegen die Ernennung des Seminardirektors Kubowicz zum Propst in Gostin.

* Aufgelöst wurde der Straßburger Musikverein „Fanfare Sélénique".

* Für den Umbau der deutschen Botschaft in Paris ist dem Bundesrath eine Nachtragsforderung im Betrage von 111 300 ℳ zugegangen.

* **Der französische Botschafter, Jules Herbette,** hat am 29. eine vierzehntägige Urlaubsreise angetreten, nachdem der Zwischenfall Schnäbele beigelegt worden ist.

* Ausschluß der Oeffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen. Die Reichstagskommission hat dem Gericht die Vollmacht gegeben, von der öffentlichen Verkündigung des Urtheils bei geheimen Verhandlungen die Urtheilsgründe auszunehmen. Das Gericht soll für die Eröffnung der Urtheilsgründe die Oeffentlichkeit ausschließen, sofern von dem Bekanntwerden derselben eine Gefährdung der Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates zu befürchten ist. Die Bestimmung der Novelle, wonach das Gericht bei geheimen Verhandlungen den anwesenden Personen die Geheimhaltung des Inhalts bestimmter Theile der Verhandlung unter gewissen Umständen besonders zur Pflicht machen konnte, hat die Kommission nicht angenommen, dagegen dem Gericht die Pflicht auferlegt, bei Ausschluß der Oeffentlichkeit im Falle des Hoch- und Landesverraths den Zutritt einzelner bei der Verhandlung nicht betheiligter Personen, abgesehen von den Dienstaufsicht führenden Beamten, der Justizverwaltung zu untersagen. Um der neuerlich sich ausbildenden Praxis entgegenzutreten, wonach die aufsichtführenden Beamten der Justizverwaltung auch an den Berathungen und Abstimmungen des Richterkollegiums theilnehmen können, hat die Kommission des Reichstags dem § 95 des Gerichtsverfassungsgesetzes folgende neue Fassung gegeben: „Bei der Berathung und Abstimmung dürfen außer den betheiligten Richtern nur diejenigen bei demselben Gericht zu ihrer juristischen Ausbildung beschäftigten Personen zugegen sein, deren Anwesenheit der Vorsitzende gestattet."

* Das Gerücht, daß man im Reichslande zur besseren Abwehr und Beaufsichtigung der landesverrätherischen Umtriebe und Zettelungen den Kriegszustand verhängen wolle, wird als unbegründet bezeichnet.

Italien. Der König und die Königin sind, von den Ministern Crispi und Brins begleitet, am Sonnabend in Venedig eingetroffen und von der Bevölkerung enthusiastisch empfangen worden. — Die Enthüllung des Denkmals Victor Emanuel's hat am Sonntag Mittag stattgefunden. Um 11 Uhr Vormittags begaben sich der König und die Königin in Begleitung der Minister Crispi und Brin und der Spitzen der Behörden nach der Riva degli Schiavoni. Zahlreiche festlich geschmückte Gondeln und Barken folgten den Majestäten, welche von der Menschenmenge mit enthusiastischen Hochrufen begrüßt wurden. Als die Hülle von der vom Bildhauer Ferrari gefertigten Reiterstatue fiel, erscholl erneuter Jubel. Der Senator Fornoni und der Bürgermeister von Venedig hielten die Festreden.

Nach Meldungen aus Massovah hat General Saletta über die Küste von Massovah den Blokadezustand verhängt.

Griechenland. Verurtheilung von Offizieren wegen Desertion. Nach einem Wolff'schen Telegramm aus Athen ist das Urtheil in dem Prozesse der Offiziere, welche der Desertion bei der vorjährigen Truppenzusammenziehung an der türkischen Grenze angeklagt waren, am Sonnabend gefällt worden. Die Hauptleute Pinos und Lainas und der Lieutenant Papacaralambo sind zum Tode und zur Degradation verurtheilt, die übrigen Angeklagten freigesprochen worden. — Die zum Tode und zur Degradation verurtheilten Offiziere haben gegen das Urtheil Revision eingelegt.

— **Unruhen auf Creta.** Zwischen den Christen und Muselmännern in Canea (Creta) ist es zu thätlichen Zusammenstößen gekommen. Die Konsuln der Mächte, welche bei dem Ausbruche der Ruhestörungen abwesend waren, sind sofort nach Kanea zurückgekehrt. Die französische Fregatte „Victorieuse" ist nach Creta abgegangen.

Der amtliche Bericht über den Fall Schnaebele.

Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt: Wir sind in die Lage versetzt, nachstehend die amtliche Mittheilung zu veröffentlichen, welche in der Angelegenheit der Verhaftung des französischen Polizeikommissarius Schnaebele unter dem 28. April seitens der kaiserlichen Regierung an den hiesigen französischen Botschafter gerichtet worden ist:

„Auf Grund der Mittheilungen, welche Se. Excellenz der Herr Botschafter der französischen Republik in Betreff der gerichtlichen Festnahme des französischen Polizeikommissars Schnaebele gemacht hat, sowie in Würdigung der durch den kaiserlichen Geschäftsträger in Paris gemeldeten Mittheilungen des französischen Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, hat der Unterzeichnete die Angelegenheit des Schnaebele einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Zum Zwecke derselben sind von den betheiligten Gerichtsbehörden die Beweisstücke eingefordert worden, welche sich auf die Veranlassung der Verhaftung des Schnaebele und auf die begleitenden Umstände beziehen.

Die wichtigsten dieser Schriftstücke, vor Allem die Aussage des Schnaebele nach seiner Verhaftung und die sämmtlichen gerichtlich zu Protokoll genommenen Zeugenaussagen, sind dem Herrn Botschafter der französischen Republik abschriftlich mitgetheilt worden. Dieselben ergeben als zweifellos, daß die Verhaftung in ihrem ganzen Verlauf ausschließlich auf deutschem Gebiet und ohne Ueberschreitung der französischen Grenze vor sich gegangen ist.

Das gerichtliche Verfahren gegen Schnaebele hat das Verbrechen des Landesverrathes, begangen im Gebiete des Deutschen Reiches, zum Gegenstande und gründet sich auf vollgültige Beweise seiner Schuld, bestehend in Geständnissen des in gleicher Sache angeklagten Reichsangehörigen Klein, und in eigenhändigen, in Metz zur Post gegebenen und von Schnaebele selbdem anerkannten Briefen des Letzteren. Auf Grund der erwiesenen, und später von Schnaebele selbst eingestandenen Schuld, hat das Reichsgericht befohlen, denselben zu verhaften, sobald er sich auf deutschem Gebiete würde betreten lassen. Dies ist der Fall gewesen am 20 d. M. bei Gelegenheit einer zwischen Schnaebele und dem deutschen Polizeikommissar Gautsch verabredet gewesenen geschäftlichen Zusammenkunft auf der Grenze.

Die gerichtliche Verurtheilung Schnaebeles wird unter diesen Umständen nicht zweifelhaft sein können und voraussichtlich um so strenger ausfallen, als Schnaebele bei seiner strafbaren Thätigkeit das Ansehen gemißbraucht hat, welches ihm seine Stellung in dem, ein besonderes Maß von gegenseitigem Vertrauen voraussetzenden amtlichen Grenzverkehr beider Länder verlieh. Schnaebele hat das für den internationalen Verkehr unentbehrliche Vertrauen dadurch geschädigt, daß er seine amtliche Stellung im Grenzdienste benutzte, um deutsche Reichsangehörige für Geld zu verbrecherischen Handlungen gegen ihr Vaterland zu verleiten. Durch diesen Amtsmißbrauch wird in den Augen des Gerichtes die Strafbarkeit Schnaebeles erhöht, unabhängig von der Frage, ob derselbe in höherem Auftrage gehandelt hat. Der Unterzeichnete erlaubt sich diesen Gesichtspunkt für den Fall hervorzuheben, daß Schnaebele nach seiner gegenwärtigen Freilassung von Neuem auf deutschem Gebiete betroffen werden sollte, ohne durch vorgängige amtliche Verabredung gegen Verhaftung gedeckt zu sein.

Der Unterzeichnete giebt sich der Hoffnung hin, daß der Herr Botschafter aus den mitgetheilten Aktenstücken die Ueberzeugung schöpfen werde, daß der gerichtliche Haftbefehl gegen Schnäbele wohlbegründet war und daß die Ausführung desselben innerhalb der deutschen und ohne Verletzung französischer Hoheitsrechte stattgefunden hat. Wenn der Unterzeichnete dennoch für seine Pflicht gehalten hat, den Befehl zur Freilassung Schnäbeles von dem Kaiser, seinem Allergnädigsten Herrn zu erbitten, so ist er dabei von der völkerrechtlichen Auffassung geleitet worden, daß Grenzüberschreitungen, welche auf Grand dienstlicher Verabredungen zwischen Beamten benachbarter Staaten erfolgen, jederzeit als unter der stillschweigenden Zusicherung freien Geleites stehendes anzusehen seien. Es ist nicht glaublich, daß der Reichsbeamte Gautsch den Schnäbele zu einer Besprechung in der Absicht aufgefordert habe, seine Verhaftung möglich zu machen; es liegen aber Briefe vor, welche beweisen, daß Schnäbele, als er verhaftet wurde, sich an der Stelle, wo dies geschah, in Folge einer mit dem diesseitigen Beamten getroffenen Verabredung befand, um gemeinsame amtliche Geschäfte zu erledigen. Wenn die Grenzbeamten bei derartigen Gelegenheiten der Gefahr ausgesetzt wären, auf Grund von Ansprüchen, welche die Gerichte des Nachbarstaates an sie machen, verhaftet zu werden, so würde in der dadurch für sie gebotenen Vorsicht eine Erschwerung der laufenden Grenzgeschäfte liegen, welche mit dem Geiste und den Traditionen der heutigen internationalen Beziehungen nicht in Einklang steht. Der Unterzeichnete ist daher der Meinung, daß derartige geschäftliche Zusammenkünfte jeder Zeit als unter dem Schutze gegenseitig zugesicherten freien Geleites stehend gedacht werden sollten. In diesem Sinne hat er, unter voller Anerkennung der Berechtigung des Verfahrens der diesseitigen Gerichte und Beamten, das Sachverhältniß bei Seiner Majestät dem Kaiser zum Vortrag gebracht; Allerhöchstdieselben haben dahin zu entscheiden geruht, daß in Betracht der völkerrechtlichen Motive, welche für unbedingte Sicherstellung internationaler Verhandlungen sprechen, der p Schnäbele trotz seiner Festnahme auf deutschem Gebiet und trotz der gegen ihn vorliegenden Schuldbeweise in Freiheit zu setzen sei.

Indem der Unterzeichnete dies zur Kenntniß des Herrn Botschafters der französischen Republik bringt, fügt er hinzu, daß die erforderlichen Weisungen zur Haftentlassung des Schnäbele ergangen sind, und bittet Se. Excellenz gleichzeitig die Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung entgegen zu nehmen.

(gez.) von Bismarck.

Seiner Excellenz dem außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der französischen Republik Herrn Herbette

Die französische Regierung wird hoffentlich die Lehre verstehen und beherzigen, die ihr hier in so höflicher Weise ertheilt worden ist.

Ueber die Wirkung der Freilassung in Paris erhalten wir folgende Meldung:

Die Freigebung Schnäbele's befreit die öffentliche Meinung erfichtlich von einer ungeheuren Last, welchem Gefühl alle Blätter Ausdruck geben. Flourens und Herbette werden allgemein beglückwünscht. Nur die radikalen Blätter setzen noch die Nörgelei fort, als ob die Freigebung Schnäbele's eine allzu magere Genugthuung wäre. Allgemein tritt die Forderung auf, künftig die größte Vorsicht anzuwenden, um Deutschland nicht zu neuen Streitigkeiten „Anlaß zu geben". Nach Meldungen aus Pagny wurde dort ein glänzender Empfang Schnäbele's

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870503 1-10/fragment/page=0001

vorbereitet. — In Pont-à-Mousson war bei dem Passiren Schnäbeles der Bahnhof von Hunderten von Menschen belagert. Schnäbele zeigte sich nicht. In Forrand erhielt Schnäbele Reisebegleitung in der Person des Präfekten Schnerb, welcher gleich Schnäbele nach Paris beordert ist. In der „Brasserie Viennoise" in Mazeville fand, wie verlautet, gestern eine große Schlägerei aus Anlaß der Affaire Schnäbele zwischen deutschen und französischen Brauereiarbeitern statt, wobei es drei Todte gegeben haben soll. (?) — Die „France" eröffnete eine Subscription zur Anschaffung eines diamantenbesetzten Ehrenlegionkreuzes für Schnäbele; an der Spitze stehen elf Mitglieder der Familie des deutschen Kommissars Gautsch. „Temps" behauptet noch immer, Gautsch habe die Verhaftung Schnäbeles vorbereitet.

Die meisten Morgenblätter vom Sonntag sprechen jedoch ihren Tadel aus über die von der Zeitung „France" zu Ehren Schnäbele's eröffnete Subscription. Das „Journal des Débats" sagt, die Angelegenheit Schnäbele müsse als beendigt angesehen werden. Jedermann solle nun endlich einsehen, daß Angelegenheiten dieser Art ernst zu behandeln seien und anständiger Weise nicht zu einem Vorwande für Kundgebungen und Reklamen dienen dürften.

Die Londoner Blätter geben ihrer Befriedigung über den friedlichen Ausgang dieses Zwischenfalls Ausdruck und zollen der Friedensliebe des deutschen Kaisers ihre volle Anerkennung. Die „Morningpost" meint, des Großmuth des Kaisers trage dazu bei zu zeigen, daß Frankreich mehr als je verpflichtet sei, seinen mächtigen Nachbarn gegenüber eine loyale und gradsinnige Politik einzuschlagen. Der „Daily Telegraph" hofft, der Zwischenfall werde für die Sache des Friedens günstige Früchte tragen; derselbe sollte die Gemüther der Franzosen ein für alle mal von dem Argwohn befreien, als ob Fürst Bismarck Frankreich provociren wolle. Nachdem Deutschland solche auffällige und hochherzige Beweise seines Wunsches gegeben, alle Anlässe von Streitigkeiten zu vermeiden, wäre das Mindeste, was Frankreich seinerseits thun könne, daß es sich der Erzeugung solcher Anlässe enthalte.

Schnäbele tritt zunächst einen Urlaub an, d. h. er wird wohl überhaupt pensionirt werden.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

14. Plenarsitzung vom 30. April.

Haus und Tribünen sind schwach besetzt.

Am Ministertische: Justizminister Dr. Friedberg nebst Kommissarien, später Kultusminister Dr. v. Goßler und zeitweise Minister für öffentliche Arbeiten Maybach.

Präsident v. Rattdorf eröffnet die Sitzung gegen 12½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen; darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Der Berichterstatter Herr Eggeling berichtete zunächst über den Gesetzentwurf betreffend Abänderungen der Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen vom 10. September 1873 und der Generalsynodalordnung für die evangelische Landeskirche der acht (neun) älteren Provinzen der Monarchie vom 20. Januar 1876 und empfiehlt die unveränderte Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses; das Haus genehmigt diesen Antrag debattelos in einmaliger Schlußberathung.

Es folgt die einmalige Schlußberathung des Gesetzentwurfs über die Aufhebung des Frankfurter Gesetzes vom 17. November 1846 die Breite der Radfelgen des Lastfuhrwerks betreffend.

Der Berichterstatter Herr v. Waldow-Reitzenstein beantragt unveränderte Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und das Haus tritt dem Antrage ohne Debatte bei.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf über das Bergwerkseigenthum in den ehemals Großherzoglichen und Landgräflich hessischen Gebietstheilen der Provinz Hessen-Nassau.

Der Berichterstatter Herr Adams beantragt die unveränderte Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und in diesem Falle und das Haus genehmigte diesen Antrag durch en bloc-Annahme der Beschlüsse des anderen Hauses.

Herr v. Holleben berichtet sodann namens der Justiz-Kommission über den Gesetzentwurf betreffend Ergänzung des Gesetzes über die Veräußerung und hypothekarische Belastung von Grundstücken im Geltungsbereiche des rheinischen Rechts vom 20. Mai 1885, und beantragt namens der Kommission, den § 15 des Gesetzes zu streichen; dagegen beantragt Frhr. v. Solemacher-Antweiler, das Gesetz in der vom Abgeordnetenhause angenommenen Fassung anzunehmen. — Bei der Generaldebatte spricht sich Herr Adams für den Antrag Solemacher aus, worauf sich der Regierungs-Kommissar Geh. Ober-Justizrath v. Nebe-Pflugstädt gegen den Antrag der Kommission erklärt.

Darauf wird die General-Diskussion geschlossen und die §§ 1 bis 14 des Gesetzes werden angenommen.

Bei § 15 nimmt Graf zur Lippe das Wort, um den Antrag der Kommission auf Streichung dieses Paragraphen zu befürworten.

Herr Adams und Frhr. von Solemacher-Antweiler befürworten im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes, den Kommissionsantrag abzulehnen und den § 15 des Gesetzes in der vom Abgeordnetenhause angenommenen Fassung anzunehmen. Der Provinzial-Landtag habe deshalb über das Gesetz nicht vernommen werden können, weil er überhaupt zurzeit nicht einberufen war, und widerlege sich aus diesem Grunde der Hauptein wand des Grafen zur Lippe.

Nach einer kurzen Bemerkung des Referenten Herrn von Holleben wird unter Ablehnung des Kommissionsantrages der Antrag des Frhrn. v. Solemacher genehmigt; es gelangt demgemäß § 15, sowie darauf der Rest des Gesetzes nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses zur Annahme.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet der mündliche Bericht der Kommission für kommunale Angelegenheiten über den Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung der Leistungen für Volksschulen, welcher aus dem Abgeordnetenhause in veränderter Fassung zurückgekommen war. Die Kommission beantragt durch ihren Berichterstatter, Herrn Boettcher, statt des in der Ueberschrift vom Abgeordnetenhause in das Wort „Anforderungen" umgeänderten Wortes „Leistungen" die ursprüngliche Fassung wieder herzustellen und in § 2, welcher bestimmt: „daß bei Mangel eines Einverständnisses zwischen den Schulaufsichtsbehörden und den Verpflichteten die zu gewährende Anforderung, soweit solche innerhalb der gesetzlichen Zuständigkeit nach dem Ermessen der Verwaltungsbehörden zu bestimmen ist, von den Kommunalausschüssen festgestellt werden soll," anstatt der gesperrt gedruckten Worte nur zu setzen: „die eventuell zu gewährende Leistung."

Der Referent spracht die Hoffnung aus, daß durch Annahme der Kommissionsvorschläge das Zustandekommen des Gesetzes nicht gefährdet werden würde und bat deshalb denselben zuzustimmen.

Herr v. Kleist-Retzow glaubt zugeben zu sollen, daß die Anforderungen an die Schulen vielfach übertrieben gewesen seien, allein die Reaction, welche sich auf diesem Gebiete geltend machte, bewege sich nicht auf dem richtigen Boden. Es sei leicht verständlich, daß die bisherigen Prästationspflichtigen die durch das Gesetz angestrebten Aenderungen freudig begrüßten. Ihm seien zahlreiche Bedenken von evangelischen Eltern aus Diasporagemeinden geäußert worden, daß die Kreisausschüsse aus Sparsamkeitsrücksichten sich vielfach für Beibehaltung von Simultanschulen aussprechen würden, wo die Umwandelung in konfessionelle Schulen wünschenswerth erscheinen müsse. Zweifellos seien die Selbstverwaltungsorgane ganz vortrefflicher Natur, allein in zahlreichen Fällen hätten doch die Gutsbesitzer, Bürgermeister 2c. nicht das volle Verständniß für das Maß der Leistungen einer preußischen Schule und aus diesem Grunde sei es wohl angezeigt, dem Belieben der Selbstverwaltungsorgane einige Schranken zu setzen.

Kultusminister Dr. v. Goßler erwidert, daß für die Regierung allein der Umstand maßgebend sei, daß ein Gesetzentwurf zustande komme, welcher dem Grundgedanken der Regierung Rechnung trage. Nach menschlichem Ermessen habe aber der Landtag nur noch eine Thätigkeit von wenigen Wochen vor sich und deshalb bitte er, das Gesetz in der Fassung des anderen Hauses anzunehmen. Wenn der Ersatz des Wortes „Leistungen" durch „Anforderungen" auch gerade nicht als korrekt erscheine, so repräsentire er doch auch keine gesetzgeberische Unmöglichkeit und der vom anderen Hause beschlossene Zusatz gefährdet weder die Schulverwaltung noch die Selbstverwaltungs-Organe. Er bitte daher, die für die Regierung erträgliche Fassung des Abgeordnetenhauses acceptiren zu wollen.

Bei der Abstimmung wird unter Ablehnung eines Antrages des Oberbürgermeisters Friedensburg, welcher die Ueberschrift folgendermaßen formuliren will: „Gesetz betreffend die Zuständigkeit der Beschlußfähigkeit bei Feststellung der Leistungen für die Volksschulen", sowie der Abänderungsanträge der Kommission die Vorlage unverändert in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung unbestimmt.

Deutscher Fischerei-Verein.

(Originalbericht der Hallischen Zeitung.)

ie. Berlin, den 30. April 1887.

Unter Vorsitz des Dr. Georg von Bunsen fand heute Abend in einem Fraktionszimmer des Abgeordnetenhauses die Generalversammlung des deutschen Fischerei-Vereins statt. Man bemerkte in der Versammlung den Minister für Landwirthschaft Dr. Lucius, den Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Beymann vom Reichsamt des Innern, den Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Friedberg vom landwirthschaftlichen Ministerium, den Oberpräsidenten a. D. Wirkl. Geh. Rath, Abg. von Kleist-Retzow, den Director des Norddeutschen Lloyd, Consul Meier (Bremen), den Justiz-Rath Dr. Braun (Leipzig), Geh. Regierungsrath Dr. Herwig vom Provinzial-Schul- und Medizinal-Collegium, den Direktor des Berliner Aquariums, Abg. Dr. Otto Hermes u. A.

Der Vorsitzende theilte bei Eröffnung der Versammlung mit, daß die Minister v. Boetticher, v. Goßler, Bronsart von Schellendorf, v. Scholz, Dr. Friedberg und einige Gesandte fremder Mächte ihr Nichterscheinen schriftlich entschuldigt haben.

Kammerherr v. Behr (Schmoldau) erstattete hierauf den Jahresbericht. Danach zählt der Verein gegenwärtig etwa 1000 Mitglieder. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in fast allen deutschen Provinzen, bezw. Landestheilen nach Provinzial-Fischerei-Vereine mit einer Gesammt-Mitgliederzahl von etwa 20,000 bestehen. Neue Vereine sind im vergangenen Jahre im Großherzogthum Baden und in der Provinz Westfalen gegründet worden. Die Zweigvereine stehen in stetem Verkehr mit dem Hauptverein. Der Westfälische Verein hat sogar in der Person des Landrath v. Dittfurth einen Vertreter zu der heutigen Generalversammlung entsandt. Der Hauptverein erhält eine jährliche Unterstützung von 30,000 ℳ vom Reich und 8000 ℳ vom preußischen landwirthschaftlichen Ministerium. Im vergangenen Jahre hat der Verein etwa 6 Millionen Edelfisch-Eier ausgesetzt. Eine Hauptthätigkeit hat der Verein wiederum auf die Lachszucht gelegt und damit ganz außerordentliche Erfolge erzielt. In der Weser, der Elbe, in Böhmen u. s. w. wohlfeil man früher den Lachs kaum kannte, ist derselbe jetzt in Menge vorhanden. Auch der Störzucht hat der Verein im vergangenen Jahre seine Aufmerksamkeit zugewendet, indem er 1½ Millionen Stör-Eier aussetzte. Sehr wesentliche Erfolge hat der Verein auf dem Gebiete der Aalzucht zu verzeichnen. Auf Anrathen von Männern der Wissenschaft hat der Verein beschlossen: demnächst einige tausend männliche Aale am schwarzen Meere und einige tausend weibliche Aale in der Donau auszusetzen. Se. Majestät der König von Rumänien, die österreichische und ungarische Regierung und auch mehrere deutsche Eisenbahnverwaltungen haben die Unterstützung dieses Unternehmens, das bedeutende Erfolge verspricht, zugesagt. Da der Lachs bekanntlich ein Wanderfisch ist, so wird der Verein demnächst 500 Lachse in die Ostsee und 500 Lachse in die Nordsee setzen. Einen sehr befriedigenden Versuch hat der Verein bereits mit der Einführung des russischen Fisches Starbot in deutsche Gewässer gemacht. Der Verein steht mit dem Auslande im besten Einvernehmen. Die innigste Freundschaft unterhält er nach wie vor mit Amerika, woselbst durch seine Mithülfe der deutsche Karpfen und die deutsche Forelle eingeführt ist. Der Verein verehrt von Amerika derartig viel geschenkt, daß er kaum im Stande ist, diese Geschenke zu erwidern. Im Unterrhein findet man leider noch wenig Verständniß für die Fischzucht. Holland will z. B. nicht dulden, daß Lachseier aus dem Unterrhein in andere Ströme entführt werden. Holland selbst hat den Lachs in falscher Weise ausgesetzt. Im Weiteren hat der Verein der Karpfenzucht seine volle Aufmerksamkeit zugewendet. Ein besonderes Verdienst auf diesem Gebiete gebührt dem Rittergutsbesitzer v. d. Borne (Bernauchen). Der Ingenieur Oesten hat bereits mit einigem Erfolg den Versuch gemacht, in den Ostdorfer Gewässern eine Karpfenzucht anzulegen.

Geh. Regierungs-Rath Dr. Herwig berichtete hierauf über die Thätigkeit der Sektion für Hochseefischerei. Einen sehr wesentlichen Erfolg habe die Sektion durch die im vergangenen Jahre erfolgte Erdbung der Reichs-Unterstützung von 100,000 ℳ auf 200,000 ℳ für die Hochseefischerei zu verzeichnen. Selbstverständlich könne die deutsche Hochseefischerei, die Jahrzehnte lang vernachlässigt worden sei, jedoch für unter sozialpolitisches Leben, für unsere Wehrthatigkeit auf See u. s. w. von großer Bedeutung sei, nicht plötzlich floriren. Eine Ueberhastung auf diesem Gebiete würde geradezu schädlich sein. Sehr traurig sei die Hochseefischerei in Folge des fast gänzlichen Mangels von Fischerhäfen auf der Nordsee bestellt. Außer einem ganz unzulänglichen Fischerhafen in Kuxhafen existire auf der ganzen Nordsee kein Fischerhafen. Das Mindeste, was verlangt werden müsse, sei die Anlegung von Fischerhäfen in Norderney, Borkum und auf der Insel Sylt. Erforderlich sei hierbei die Errichtung von Fischhallen und Docks. Etwas besser sei die Hochseefischerei auf der Ostsee bestellt, obwohl auch hier noch viel zu wünschen übrig bleibe. Nothwendig sei hier ganz besonders die Anlegung eines Fischerhafens in Saßnitz. Die Kosten für diese Anlagen wären am besten auf dem Wege der Creditbewilligung, ähnlich wie bei Eisenbahn-, Kanalbauten u. s. w. aufzubringen. Die Sektion wende der Bervollkommnung von Fischerfahrzeugen, Geräthen und den Fangnetzsoden volle Aufmerksamkeit zu und sei bestrebt, den Geschäftskreis der Fischer in jeder Beziehung zu erweitern. Die Sektion gedenkt ferner eine biologische Station am Jadebusen zu errichten. Vom Minister für Landwirthschaft und Handel wurde die Sektion beauftragt, Versicherungskassen für die Nordsee in's Leben zu rufen. Die Nordseeküste ist jetzt mit einem Netz von Versicherungskassen auf Gegenseitigkeit, die sämmtlich zu einem Rückversicherungsverbande vereinigt seien, überspannt. Auch das Genossenschaftswesen habe in Fischerkreisen Eingang gefunden und bereits gute Früchte gezeitigt. Zweifellos bequme sich die deutsche Hochseefischerei zu beleben und es sei Aussicht vorhanden, daß sie in nicht allzulanger Zeit in Concurrenz mit den Nachbarvölkern werde treten können. Allerdings sei hierzu die baldige Anlegung der bezeichneten Fischerhäfen, nebst dem erwähnten Zubehör in erster Linie erforderlich. — Der alte Streit zwischen Fischern und Händlern dauere leider fort; weder die Berliner Marthhallen noch die Fisch-Auktionshalle in Hamburg haben in dieser Beziehung Wandel zu schaffen vermocht. Erfreulich sei, daß die Fischnahrung, Dank dem Entgegenkommen der Militärbehörden, in die Soldatenküchen Eingang zu finden beginne. Ein sehr erfreulicher Anfang zur Bildung einer Dampferflotte für den Fischfang sei auf der Doggenbank und auf den beiden Fischerbänken gemacht worden. Das Beispiel des Rheder Busse zu Geestemünde habe bereits Nachahmung gefunden, so daß bereits 6 Fischerdampfer in Fahrt seien, bezw. zur Fahrt bereit stehen. Es sei somit der hoffnungsvolle Anfang auf einem Gebiete gemacht, welches von den Engländern allein mit ungefähr 10,000 Fahrzeugen ausgebeutet werde. (Beifall). — Hierauf wurden Ingenieur Oesten und Prof. Dr. Möbius neu und die bisherigen statutenmäßig ausscheidenden Mitglieder wieder in den Ausschuß gewählt.

Universitäten und Hochschulen.

— Halle. Am 4. und letzten Immatrikulationstage an hiesiger Universität wurden 43 Theologen, 21 Juristen, 32 Mediziner, 21 Philosophen, 20 Landwirthe und 2 Zahnheilkunde, zusammen 138 neu aufgenommen. Die Gesammtzahl aller bis jetzt neu Immatrikulirten beträgt demnach 380.

— Halle. Dr. Schwab, langjähriger Assistent am hiesigen landwirthschaftlichen Institut, hat den an ihn ergangenen Ruf, die Leitung einer neu zu gründenden agrikultur-chemischen Versuchsstation in Surabaja auf Ost-Java zu übernehmen, nach längerer Bedenkzeit jüngst abgelehnt. Im vorigen Jahre dagegen war Herr Dr. Krüger, ein Schüler des hiesigen landwirthschaftlichen Instituts als Dirigent einer Versuchsstation für West-Java, zunächst auf 5 Jahre übergesiedelt. Daß man von Neuem bemüht war, der durch die Erkrankung des Zuckerrohrs auf Java schwer bedrohten Zucker-Industrie und Landwirthschaft wissenschaftliche Hülfe aus Halle zuzuführen, ist wohl wieder ein Beweis gewesen, in welchem hohen Ansehen unsere Universität im Auslande steht.

Kirche und Mission.

— Ueber den Stand der Mission in Ostafrika theilt die „Kolonialpolit. Korr" mit, daß daselbst jetzt 13 katholische und 31 protestantische Missionsstationen bestehen, daß ferner über das ganze Gebiet verstreut sind, daß alljährlich wohl 1 Million Mark für „ostafrikanische Mission" verausgabt wird, daß die 18 katholischen Stationen den Franzosen, die 32 protestantischen Stationen den Engländern gehören.

Halle, den 2. Mai.

(Der Abdruck unserer Lokalnachrichten ist nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet).

— Dem Rittergutspächter Hern Rusche zu Reideburg ist der Charakter als „königlicher Ober-Amtmann" verliehen. Das Gut gehört bekanntlich den Francke'schen Stiftungen hierselbst.

— In der Pfingstwoche und zwar vom 2. bis 4. Juni wird hier in Halle in den Räumen der Francke'schen Stiftungen eine Conferenz von Vertretern sämmtlicher deutscher Bibel-Gesellschaften tagen. Die Anregung dazu ist von der Württembergischen Bibel-Gesellschaft in Stuttgart ausgegangen.

— Die Inhaber von preußischen Lotterieloosen machen wir darauf aufmerksam, daß die Erneuerung zur 2. Klasse diesmal bis zum Donnerstag (nicht Freitag wie früher) geschehen sein muß.

— Dem Strafanstalts-Werkmeister a. D. Rogalla hierselbst ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Monatsversammlung des nationalliberalen Vereins.

—tz. Halle, den 30. April.

Die am Sonnabend Abend nach dem „Rosenthal" einberufene Monatsversammlung des hiesigen nationalliberalen Vereins war sehr zahlreich besucht und gab auch den Beweis dafür, daß auch Anhänger anderer Parteien der an sie ergangenen freundlichen Einladung Folge gegeben hatten. Der Vorsitzende, Herr Bethcke, eröffnete die Versammlung, indem er die Anwesenden im Namen des Vorstandes willkommen hieß und herzlichen Dank für das zahlreiche Erscheinen aussprach. Es sei zwar seit den letzten Wahlen eine lange Pause verstrichen, doch sei man der allgemeinen Ansicht gewesen, daß nach den aufregenden Tagen des März eine Ruhepause wohl zweckmäßig erscheine, damit sich die hochgehenden Wogen der Wahlen einigermaßen klären könnten. Der Monat April sei aber von vornherein zur Erörterung derjenigen Fragen ins Auge gefaßt, welche die Staatsregierung in hohem Grade beschäftigen. Da wir augenblicklich über das Vorhaben unserer Regierung nicht genügend unterrichtet sind, müssen wir mit großem Danke entgegennehmen, daß sich Herr Professor Dr. Marquardsen hat bereit finden lassen, auf seiner Rückreise von Berlin nach Erlangen sich uns zur Verfügung zu stellen und in der heutigen Versammlung zu sprechen. Ehe genanntem Herrn das Wort ertheilt wurde, hielt sich der Vorsitzende noch zu der Mittheilung verpflichtet, daß der hiesige nationalliberale Verein auch an dem Parteitage in Leipzig theilgenommen habe und mit der Vertretung Herr Professor Dr. Conrad betraut, dieser Herr aber an der Theilnahme leider verhindert gewesen sei. Es seien aber mehrere andere Herren dort gewesen und habe besonders Herr Professor Dr. Böhting den Verein vertreten. — Nach diesen einleitenden Worten nahm Herr Professor Dr. Marquardsen das Wort. „Es ist mir ein ganz besonderes Vergnügen, hier zu Ihnen sprechen zu dürfen, weil ich der Meinung bin, daß ein solch einiges Zusammensein einer Partei, welcher verschiedene Gegenden unseres Vaterlandes angehören, den besten Beweis dafür giebt, daß ihr das gemeinsame Interesse über Alles geht. Wenngleich es mir vergönnt ist, gleichsam als „Lückenbüßer" auf der Durchreise vor Ihnen zu sprechen, so kann ich doch nicht umhin, Ihnen meine besondere Freude über das zahlreiche Erscheinen (auch der andern Parteien) auszudrücken und zwar ganz besonders deshalb, weil ich vor Kurzem Gelegenheit hatte, mit dem Vertreter Ihrer Stadt in persönliche Berührung zu kommen. Herr Dr. Alex. Meier hat meinem Wahlkreise Worms einen Besuch abgestattet und hierbei sind wir in so enge Beziehung getreten, daß wir über die Formalitäten der Höflichkeit gerade nicht hinausgekommen sind. (Lebhafter Applaus.) Seit meiner ganzen parlamentarischen Thätigkeit habe ich mich mit Herrn Dr. Meier zwar so häufig gut gestanden, im Prinzip der Meinungen aber sind wir stets geschieden geblieben. Alleridings muß ich bekennen, daß das Auftreten Meier's in Worms ein sehr loyales gewesen ist. Wenn ich die Parteiunterschiede nicht zu einem persönlichen Gegensatze ausbilde, so habe ich meinen ganz besonderen Grund. — Wie ich Ihnen schon mittheilte, komme ich soeben aus Berlin und kann Ihnen von dort eine Nachricht mitbringen, welche Sie ebenso erfreuen wird, wie sie mich mit einer gewissen Genugthuung erfüllt hat. Heute Mittag hat die aus 28 Mitgliedern aller Parteien zusammengesetzte Budget-Kommission einstimmig den Betrag von 366 Millionen Mark bewilligt, welchen die Reichsregierung zu fordern für nothwendig befunden hat. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Das ist allerdings eine andere Nachricht als die einstige von der Septennats-Abstimmung, denn sie liefert den vollgültigen Beweis, daß der gegenwärtige Reichstag ein anderer ist als noch vor Kurzem. Wir können wohl überzeugt sein, daß solche Entschlüssungen, wie sie die Volksvertretung i. J. unter der Liebknechtschen Majorität in der Polentrage gab und der Abgeordnete Dr. Simonis mit großer Emphase sagte: „Dieser Tag ist der schönste meines Lebens" — wohl nie mehr zu erwarten, ja nach dem heutigen Beschluß gar nicht möglich sind. Hieraus allein kennzeichnet es sich, daß die politische Lage eine ganz andere als vor den Wahlen ist. Die Nationalliberalen können stolz darauf sein, daß sie ihr redliches Theil dazu beigetragen haben, denn wo immer von den Wahlen und deren Resultate gesprochen wird, wird anerkannt, daß durch das loyale Zusammengehen der Kartellparteien der glänzende Erfolg erzielt worden ist. Es soll mich freuen, wenn eine dauernde Verbindung der Parteien stattfinden wird; das schließt aber nicht aus, daß bereits bis jetzt diejenige Situation herbeigeführt ist, welche durch die mitgetheilte Entscheidung einen Erfolg erzielte, der an einem Triumph der nationalen Anschauung Antheil hat. Wenn ich einen Blick in die Vergangenheit thue, um zu fragen, von wo der Ausgangspunkt zu suchen, um das jetzt Erreichte möglich gemacht zu haben, so muß ich, als geistiger Urheber des Heidelberger Programms in diesem den Ursprung suchen, aus dem der neue Aufschwung unserer Partei hervorgegangen. Durch Roth der schweren Zeit dazu getrieben, eine Lösung zu suchen, muß ich bekennen, daß wir einen solchen Widerhall nicht erwartet haben. Das letzte Wahlresultat hat bewiesen, daß wir in unserem Programm Punkte betont haben, von denen das finanzielle Wohlergehen des Reiches und des Landes abhängt. In der Heidelberger Erklärung haben wir hervorgehoben, daß die Revision der Zucker- und Branntweinsteuer, welche zwar den kleinen Brenner schont, aber andrerseits als ergiebige Quelle für das Reich sich ergiebt, eine der Hauptaufgaben der gesetzgebenden Körperschaften bilden muß. Sowohl zu dem Arbeiterschutzgesetz als auch zu der Unfallversicherung hat das Heidelberger Programm

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870503 1-10/fragment/page=0002

lebhafteste Anregung gegeben. Wenngleich ohne Mitwirkung anderer Parteien solche Resultate nicht hätten erzielt werden können, so kann doch die nationalliberale Partei einen großen Theil für sich in Anspruch nehmen. Der neu zusammengetretene Reichstag hat in all diesen Fragen einen Fleiß und eine Arbeitsfreude entwickelt, wie solche nur noch in den ersten siebziger Jahren zu Tage getreten bei den verschiedenen Parteien an den zahlreichen Aufgaben, welche als Vorlagen seitens der Regierung gegeben waren. Bezüglich des Arbeiterschutzgesetzes ist es eine erfreuliche Thatsache, daß die Nationalliberalen durch zumeist eine große Reihe solcher Männer gewonnen haben, welche in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber bei den Berathungen mit großer Kenntniß uns zur Seite gestanden und der Sache den besten Willen entgegengebracht haben. In der Kommission ist das Arbeiterschutzgesetz einstimmig zur Annahme gelangt und die Reichsregierung wird gut thun, demselben in seiner jetzigen Gestalt ihre Zustimmung zu ertheilen, damit dadurch ein Gesetz ins Leben gerufen, welches dem Gesetz Gültigkeit erlange. Was das Unfallversicherungsgesetz anbelangt, so kann auch erfreulicher Weise konstatirt werden, daß der Partei durch die letzten Wahlen auch aus den Kreisen, welche mit der Materie dieses Gesetzes — fast möchte man sagen — verwachsen sind, ein ganz bedeutender Zuwachs an Kräften zugeführt ist. Ein Gleiches kann bezüglich des Seeunfallgesetzes gesagt werden. Obgleich die Befürchtungen, daß gerade die Städte, welche an diesem Gesetz besonders partizipiren, durch Sozialdemokraten vertreten würden, nur zu berechtigt gewesen, so können wir heute doch die Genugthuung empfinden, daß diese Befürchtungen nicht zur Thatsache geworden sind. Mögen auch die meisten Vertreter der hauptsächlichen Küstenstädte durch Stichwahlen in den Reichstag gekommen sein, so soll uns dieser Umstand unsere Freude nicht verkümmern. Männer wie Hoffmann-Königsberg, Winter-Danzig, Fehling-Lübeck und Wöhrmann-Hamburg sind an den Arbeiten der Kommission betheiligt, so daß durch eine solche Nachkommission, welche dem früheren Reichstage nicht zu Gebote gestanden, die ersprießlichsten Resultate gewonnen werden können. — Die Hauptfrage der Gegenwart bildet aber der zu bewilligende Kredit von 366 Millionen. Wie Eingangs bereits erwähnt, hat die Budget-Kommission die Bewilligung obiger Summen für die nationale Waffenrüstung der Wehrkraft einstimmig beschlossen. Die einzelnen Ausgaben, durch die das deutsche Reich gegen Gefahr nach außen sicher gestellt werden soll, sind z. Th. derart, daß ein Rechtfertigung in einer öffentlichen Sitzung sich verbietet. Es hat daher die Kommission den Vorgang geschaffen, daß sie von jeder der in ihr vertretenen Parteien (also fünf) einen Abgeordneten bestimmte, welche dem Kriegsminister die Mittheilung zu machen hatten, daß sie von der geforderten Rüstung überzeugt seien und in Folge dessen einstimmig beschlossen hätten, darauf einzugehen. Erwähnenswerth ist, daß in der Commission auch die deutschfreisinnige Partei vertreten ist und dieser ihr Vertreter ebenfalls mit ja gestimmt hat zum eclatanten Beweis ihres Verhaltens bei der Septennats-Abstimmung. Der Beschluß der Budget-Commission ist ein Beweis hochpatriotischer Gesinnung. Hoffentlich giebt der Reichstag seine Zustimmung zu dieser Vorlage ebenso einstimmig. Zur Vermeidung des Krieges wird ganz besonders Geld gebraucht und sind in Folge dessen diese finanzpolitischen Verhandlungen von eminent patriotischer Bedeutung. Die Aeußerung des Herrn Kriegsministers nach Vernehmung des Resultates der Abstimmung in der Budget-Commission, „jetzt stehen wir so fest, wie wir nur stehen können und ich reise beruhigt in die Ferien" liefert den besten Beweis dafür.

(Schluß in der 2. Ausgabe.)

Erdkunde, Kolonien, Reisen.

— Der in Brüssel weilende Afrikareisende Dr. Lenz hat den Berichterstattern Brüsseler Blätter ausführliche Berichte über die Zustände im Kongostaate gegeben. Trotz der spaltenlangen Berichte ist wenig Neues in ihnen enthalten; erwähnenswerth ist nur seine Anschauung über den Araberhäuptling Tippo-Tipp, dem Dr. Lenz selbst das glückliche Gelingen seines Durchzuges durch Afrika verdankt. Nach ihm ist Tippo-Tipp kein Wilder, sondern ein Freund der Europäer, ein Mann des Wortes. Er handelt weniger mit Sklaven, als mit Elfenbein und den Produkten seiner Pflanzungen. Sein Einfluß und seine Macht sind von entscheidender Bedeutung. Hat der Kongostaat ihn und seine Araber gegen sich, so ist der Staat machtlos. Dr. Lenz billigt daher den Stanley'schen Vertrag mit Tippo-Tipp vollständig, um so mehr, als dessen Macht an den Stanleyfällen für die Europäer unbesiegbar ist und er sein Wort „unterhalb der Fälle" den Sklavenhandel nicht zuzulassen, sicher halten wird. Ueberdies verfolgt der pfiffige Araberhäuptling seinen Hauptplan; er will sich für seine Produkte in Banana oder Boma an der Westküste ein Markt errichten, der ihm erhebliche Summen einbringt; er hat also alles Interesse daran, mit dem Kongostaate gut zum Fuße zu stehen, und so gewinnt der Letztere an ihm einen mächtigen Beistand. Im Uebrigen hält er die gedeihliche Entwickelung des Kongostaates für gesichert, wenn die Kongobahn den Unter- und Ober-Kongo verbindet und die Landbebauung durch Schwarze unter Aufsicht Weißer eingeführt werden wird; an eine Verwendung europäischer Landbewohner sei bei dem mörderischen Klima nicht zu denken. Auch für die Befreiung Emin Beys hält er Tippo-Tipps Mitwirkung für sehr werthvoll.

Todesfälle und Nekrologe.

— Musikdirektor Friedrich Wilhelm Markull, geb. am 17. Februar 1816 in Reichenbach bei Elbing, der sich als Musikschriftsteller und Komponist mehrerer Orchester-, Vokal- und Orgelwerke, sowie von Klavierstücken bekannt gemacht hat, ist in Danzig gestorben.

— In Kassel starb der Rechtsanwalt und Bürgermeister Justizrath Dr. jur. Hermann Weigel. Der noch nicht 60 Jahre alt gewordene (geb. 1828) war längere Zeit ein hervorragendes Mitglied des Reichstags und eine Zierde der nationalliberalen Partei. Er gehörte dem konstituirenden Reichstage für Kassel-Meslungen an und vertrat in den vier ersten Legislaturperioden des norddeutschen bezw. deutschen Reichstags (bis 1883) den hessischen Wahlkreis Hanau-Gelnhausen. Auch als Mitbegründer und eifriger Förderer des deutschen Handelstags war Dr. Weigel bekannt geworden.

— Justizrath Dr. Karl Heinrich Schultz ist am 28. April zu Magdeburg im Alter von 73 Jahren gestorben. In älteren politischen Kreisen als Schultz-Wanzleben bekannt, gehörte er in der preußischen National-Versammlung der Linken an und fiel infolgedessen im sogenannten Steuerverweigerungsprozesse neben Schulze-Delitzsch, Walter, Lothar Bucher u. a. auf der Anklagebank. Später nicht mehr parlamentarisch thätig, machten ihn die Ereignisse von 1866 nationalliberal. 1880 schloß sich Schultz aber den Sezessionisten und nach der Fusion der freisinnigen Partei an.

Kunst, Wissenschaft und Theater.

— Willibad Beyschlag an Johanna Kinkel.

Dr. Gottfried Kinkel veröffentlicht im Montagsblatt zum Berl. T. Briefe und Erinnerungen vom October 1848 bis Januar 1851, die Gottfried und Johanna Kinkel betreffen. Darunter auch folgenden von dem Hallischen Professor:

Frankfurt a. M., 6 Oktober 1849.

Liebe Freundin! Ich sende Ihnen hier das von Kinkel entliehene Buch „Mosheims Anweisung zum Predigen", dankbar zurück und bitte mich freundlich zu entschuldigen, daß ich es auf eine Mahnung habe ankommen lassen: Das Buch war mir aus dem Gesicht gestellt, und fiel mir's einmal in die Augen, so nahm ich mir immer vor, es zurückzuschicken und vergaß es dann doch wieder.

Auf welch traurige Weise sich die trübe Vorhersagung erfüllt hat, welche ich Ihnen jetzt gerade vor einem Jahr in einer Zeit geschrieben habe, da die Revolution noch in vollster Blüthe stand (?), das habe ich allerdings aus den Zeitungen erfahren. Wir, die wir die Revolution vom sittlichen Standpunkt aus verurtheilen, haben das Unglück, das unseren alten Freund getroffen, unmöglich ungerecht finden können; unsere herzliche Theilnahme spricht sich in der Hoffnung aus, daß die aufzenöthigte Einsamkeit einen edel angelegten Geist am ehesten aus der furchtbaren Verirrung ernüchtern werde, in die eine zum Gesetzt gewordene heklagenswerthe Verwicklung des inneren eigenen und des äußeren gemeinsamen Lebens ihn mit dämonischer Gewalt weiter und weiter hineingerissen. Und insofern geben wir uns der Hoffnung hin, daß ihm das schwere Verhängniß auch einen Segen in sich bergen werde, der aber nur auf diesem Wege zu ihm Zugang finden konnte.

Zürnen Sie mir um dieser Betrachtung willen nicht; ich mußte sie Ihnen andeuten, weil ich, wenn ich mit Ihnen rede, nur aufrichtig reden kann. Sie werden nicht verkennen, daß das schärfste Urtheil, welches von unserer Seite gefällt werden kann, nicht nur der Liebe keinen Eintrag zu thun braucht, sondern selbst im tiefsten Grund ein Erzeugniß der echten Liebe sein will, die im Menschen das Ebenbild Gottes liebt und eben darum ihm um jede Verdunkelung desselben erst recht ernstlich zürnen muß. Ich habe Ihrer und Ihrer Kinder seit meinem Besuche nicht selten gedacht; wenn Sie hinfort irgend in den Fall kommen, durch meine Bemühung oder Vermittelung irgend eine Hilfe in ihrem Unglück erhoffen zu können, so will ich es mit Dank aufnehmen, von Ihnen dazu in Anspruch genommen zu werden. Ich kann und mag die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Zeit noch kommen werde, in der der rechte große Lehrmeister uns dahin geführt hat, uns wieder verstehen zu können; allein auch bis dahin lassen Sie uns zum Wenigsten eines auf das andere einigen Glauben bewahren. Von Herzen grüßt Sie, Ihre guten Eltern und die Kinder

Ihr Willibald Beyschlag.

— Dem Trauergottesdienste für den verstorbenen General-Intendanten Freiherrn von Loën zu Weimar wohnten die Großherzoglichen Herrschaften, ferner Graf Hochberg aus Berlin, Baron v. Perfall aus München und die Theater-Direktoren aus Leipzig, Mannheim und Gotha bei. Seitens der Theater in Wien, Prag, Magdeburg, Wiesbaden, der Göthe-Gesellschaft, der Schillerstiftung und der Shakespeare-Gesellschaft waren Kränze überlandt worden.

— Mit Allerhöchster Genehmigung werden: 1. die Kartons zu den Wandgemälden Kaulbachs im Treppenhause des Berliner Museums a) die Hunnenschlacht; b) Karl der Große; c) Friedrich der Große; d) Fries über Friedrich dem Großen; e) Fries zur Darstellung der römischen Weltherrschaft und des Christenthums; f) die Sage; 2 die Kartons von Cornelius: a) zu einem Rundbilde; b) zu einem Friesstück; c) der nach Raphaels Teppich zu „Paulus Predigt" angefertigte Karton an den Verein für Kunde der Natur und Kunst zu Hildesheim zur Ausstellung im dortigen Museum leihweise überlassen worden.

— Man geräth oft in Verwunderung über den fast übermenschlichen Muth, den Selbstmörder zu beweisen scheinen, wenn sie sich den Hals bis auf den Knochen durchschneiden und sich wohl gar mehrere tiefe Wunden beibringen, ohne des außerordentlichen Schmerzes zu achten, mit dem diese Handlung, wie man glaubt, verknüpft sein muß. Von hohem Interesse ist daher folgende Entdeckung, über welche der berühmte französische Physiolog Brown-Séquard vor Kurzem der Pariser Akademie Bericht erstattet hat. Brown-Sequard hat gefunden, daß schon ein leichter Einschnitt in die Haut des Halses, besonders in der Nähe des Kehlkopfes, genügt, um die Empfindung in den vorderen beiden Dritteln des Halses aufzuheben. In einer Anzahl von Fällen erstreckte sich die Empfindungslosigkeit auf den ganzen Hals, die Kinnladen und einen Theil der Brust. Bei einigen Thieren war sie sogar fast allgemein, indem sie sich beinahe auf den ganzen Rumpf und auch auf die Gliedmaßen bezog. Die Abwesenheit der Empfindungsfähigkeit gab sich daran zu erkennen, daß die betreffenden Theile geschnitten, geschnürt, galvanisirt oder selbst gebrannt werden konnten, ohne daß sich eine beachtenswerthe Schmerzwirkung kundgab. Es gehört also kein besonders großer, durch Erregung starker Gefühle vermehrter Muth dazu, um sich die zuweilen fürchterlichen Halswunden beizubringen, die man bei Selbstmördern der erwähnten Art antrifft. Noch eine andere höchst bemerkenswerthe Erscheinung wird von Brown-Séquard ans Licht gezogen. Die Gerichtsärzte wissen sehr wohl, daß häufig Menschen durch Aufhängen den gesuchten Tod finden, obwohl die Art der Aufhängung insofern ungenügend war, als dadurch der Zutritt der Luft zur Luftröhre entweder nicht vollständig oder überhaupt nicht gehindert wurde. Die Ursache hiervon ist, daß besonders der Kehlkopf, aber auch die Luftröhre und wahrscheinlich auch die sie bedeckende Haut im Stande sind, unter dem Einfluß einer mechanischen Reizung die Herzthätigkeit, die Athmung und auch die Thätigkeit des Gehirns zu hemmen. Es gelang Brown-Sequard, Hunde durch einen Schlag auf den vorderen Theil des Halses zu tödten und er fand, daß fast immer der Tod ohne Zuckungen und Todeskampf eintritt und daß das Blut in den Arterien seine rothe Farbe behält, während es in Fällen von Erstickung sehr schnell schwarz wird.

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgebung.

Der Abdruck unserer Original-Korrespondenzen ist nur mit Quellenangabe gestattet.

β **Quedlinburg**, 1. Mai. (Die Arbeitseinstellung) der Maurer und Zimmerleute dauert immer noch fort. Die nichtstrikenden Gesellen haben versucht, eine Einigung anzubahnen, und die Meister haben sich auch bereit finden lassen, bei 10stündiger Arbeitszeit statt der geforderten 2.50 ℳ den Gesellen 2.40 ℳ zu bewilligen; für jede Stunde Mehrarbeit wollen sie 25 ₰ geben, also für eine 12stündige Arbeitszeit von Morgens 5 Uhr bis Abends 7 Uhr 2.90 ℳ. Ob hiermit der Strik sein Ende finden wird, muß abgewartet werden, denn die Meister haben noch die Bedingung gestellt, daß sie nur bis 5. Mai warten wollen, und daß die sich später zur Aufnahme der Arbeit Meldenden nicht mehr angenommen werden.

—e. **Niemberg** (Saalkreis), 1. Mai. (Unglücksfall.) Vorgestern ereignete sich in dem Steinbruche des Herrn U.-Halle hier insofern ein Unfall, als sich der Steinbrecher Pätzoldt aus Unvorsichtigkeit eine Verletzung des Unterleibes zuzog. Leider ist die Verletzung eine derartige gewesen, daß der p. Pätzoldt derselben erlegen ist.

γ **Gosek**, 2. Mai. (Erhängt.) Die Wittwe Friederike Tümpel hier wurde heute Nachmittag in ihrer Scheune erhängt aufgefunden. Familienstreitigkeiten sollen Ursache zum Selbstmord gewesen sein.

χ **Freyburg**, 30. April. (Unglücksfall.) Der Arbeiter J. S. verunglückte heute Morgen dadurch, daß er bei Sprengungsarbeiten, im Begriff eine Pulverpatrone, die tags zuvor verlagt hatte, zu entzünden, durch plötzliche Explosion derselben nicht unerheblich am Kopf verletzt wurde. Aerztlicherseits wurde seine Ueberführung nach der Hallischen Klinik angeordnet.

✢ **Torgau**, 1. Mai. Verschiedenes. Endlich ist die Frage definitiv entschieden, ob an unserer h. Töchterschule an Stelle eines an die gehobene Knabenschule zu versetzenden Lehrers ein Lehrer oder eine Lehrerin anzustellen sei. Mit nur einer Stimme mehr hat sich die Schuldeputation und ebenso in der gestrigen Sitzung die Stadtverordnetenversammlung für die Lehrerin entschieden. Es werden also an dieser Schule künftig neben 3 Lehrern (incl. Rektor) auch 3 Lehrerinnen arbeiten, zu denen dann noch als vierte die Handarbeitslehrerin kommt. — Wie wir vernehmen, hat Herr Musikdirektor Dr. Taubert die sehr ehrenvolle Berufung als Universitäts-Musikdirektor in Marburg erhalten, dieselbe jedoch zu allseitiger Befriedigung abgelehnt. — Im Laufe dieser Woche wird zum Besten des Lutherdenkmalfonds ein Concert im Ankersaale stattfinden, zu welchem verschiedene namhafte Künstler ihre Mitwirkung zugesagt haben. Die Rührigkeit, mit welcher das Lutherdenkmal-Comitee seine Fonds zu vergrößern sucht, verdient alle Anerkennung.

⚒ **Sondershausen**, 1. Mai. (Vom Konservatorium. — Kasernenbau.) Das Fürstliche Konservatorium bisher in einem Privathause untergebracht, wird nach Fertigstellung des neuen Postgebäudes möglicherweise schon am 1. Okt. d. J. das vom hiesigen Postamte innegehabte Gebäude beziehen. Dasselbe eignet sich dazu ebenso durch seine Lage, als auch bezüglich der innern Einrichtung ganz gut, und es wird nur weniger baulichen Veränderungen bedürfen, um das neue Heim des Musik-Instituts seinen Zwecken entsprechend einzurichten. — Auch zum Bau einer Kaserne für 2 Kompagnien des hiesigen Bataillons ist nunmehr das Terrain erworben und dürfte die Inangriffnahme des Baues nicht lange mehr auf sich warten lassen.

—pt. **Leipzig**, 1. Mai. (Ulhandfeier der Journalisten.) Die „Hülfskasse der Journalisten und Schriftsteller" hielt gestern im Saale des alten Gewandhauses eine Soiree zu ihrem Besten in Verbindung mit einer Ulhandfeier ab, die sich eines außerordentlich starken Besuches zu erfreuen hatte. Herr Professor Richard Gosche aus Halle a. S. hielt die mit großem Beifall aufgenommene Festrede über Uhland. Ernst v. Wildenbruchs Vortrag aus dem 1. Act aus dem „Fürst von Verona", die Lieder der Kammersängerin Meran-Olden, des Herrn Otto Schelver und des Fräulein Ottilie Andes, ferner der Frau Olga Lewinsky, Vortrag von Uhlands Ballade „des Sängers Fluch", sowie die Leistung des Gesangvereins Phönix, des Herrn Piano-Virtuosen Feaucccio-Busoni auf dem Pianoforte und des Herrn Kammer-Virtuosen Alwin Schröder auf dem Cello riefen allgemeinste Befriedigung hervor. Die Begleitung der Sologesänge erfolgte durch Herrn Kapellmeister Mahler. Nach Beendigung der Soiree fand im Foyer-Saale des neuen Theaterrestaurants ein geselliges Beisammensein statt, an dem die Betheiligung eine sehr reege war. Mit Befriedigung aber kann die Hülfskasse auf den ersten Erfolg, den sie in der Oeffentlichkeit errungen hat, zurückblicken.

⚒ **Leipzig**, 30. April. (Eine neue Eisenbahnlinie) ist soeben dem öffentlichen Verkehr übergeben worden und wird am Montag der fahrplanmäßige Betrieb auf derselben seinen Beginn nehmen; die von der Leipzig-Dresdner Staatsbahn sich abzweigende und vom hiesigen Staatsbahnhofe ausgehende Route Leipzig-Lausigk-Geithain, welche einen der wohlbebauten Landstriche unserer Umgebung — der nur zu lange des Eisenbahnverkehrs ermangelte — in den Bereich des Weltverkehrs bringt. Die heute unternommene Probefahrt gestaltete sich zu einem wahren Jubelfest für die berührten Ortschaften und deren Bevölkerung, zu einem Triumphzug für die Theilnehmer an der Fahrt. Auf allen Haltestationen, wo der Vorm. 11,4 Uhr hier abgelassene Festzug einfuhr, begrüßten ihn tausende von weit und breit herbei geeilte festlich geputzte Menschen mit jubelnden Zurufen, Musikchöre tuschten und Gemeinde-Deputationen brachten ihre Huldigungen dar. Die Stationsgebäude waren allerorts aufs Glänzendste dekorirt und bekränzt, prangten in dem ersten Grün des jungfräulichen Lenzes. Es nahmen an der Fahrt von der Kgl. Direction der sächsischen Staatsbahnen folgende Herren Theil: die Geheimen Finanzräthe v. Planitz und Schreiner, Oberfinanzrath Rittersiädt und die Finanzräthe Schultze, Klinkhardt. Die Stadt Leipzig war durch eine zahlreiche Deputation des Rathes und der Stadtverordneten mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Georgi an der Spitze vertreten, während die Königliche Regierung Herrn Amtshauptmann Dr. Platzmann deputirt hatte. Daran schlossen sich eine ganze Reihe höherer Beamte und Vertreter der Städte Chemnitz, Liebertwolkwitz, Lausigk und Geithain. Die Ankunft des Zuges in Geithain, wo die neue Bahn in die Linie Leipzig-Kieritzsch-Chemnitz einmündet, fand gegen 2 Uhr statt. Die Rückfahrt begann um ½3 Uhr und zwar ging dieselbe zunächst bis Lausigk, wo im „Hermannsbad" sich sämmtliche Festtheilnehmer zu einem opulenten Festmahl vereinigten, das in glänzender und würdiger Weise verlief. Die Rückfahrt von hier nach Leipzig erfolgte um 8 Uhr 20 Min. Ueber die neue Bahnlinie sei Folgendes bemerkt: Dieselbe hat eine Länge von 39 Kilometer und ist bestimmt, eine kürzere und directere Verbindung der Hauptbandelsplätze Sachsens Leipzig und Chemnitz, als die bisherige über Kieritzsch, zu bewirken, sowie die überlastete Linie Leipzig-Kieritzsch der Bayrischen Bahn zu entlasten. Sie berührt folgende Ortschaften Baunsdorf, Sheinnandorf, Holzhausen, Liebertwolkwitz, Belgershain, Otterwisch, Lauterbach, Lausigk, Hopfgarten, Tautenhain und befinden sich Bahnhöfe außer in Leipzig und Geithain in den Städten Liebertwolkwitz und Lausigk. Haltestellen an sämmtlichen sonst genannten Orten. Der Fahrplan, welcher vorerst noch provisorisch ist, weist drei Züge in jeder Richtung auf und zwar sind die Abfahrtszeiten in Leipzig 8,20 Vorm. 2,47 N. 8,33 N., in Geithain 5,45 N. 10,30 V. 4,40 N. Für die Fahr- und Frachtpreise ist der allgemeine Tarif der Königl. Sächsischen Staatsbahnen maßgebend. Sonntags geht je ein Extrazug von Leipzig um 4.40 früh und von Geithain um 8,50 Abends.

Personalien.

— Herr Oskar Strauß, Mitinhaber der Firma L. Strauß u. Sohn in Rudolstadt, ist zum Gesandten der Vereinigten Staaten von Nordamerika für die Türkei ernannt worden.

— Der bisherige Bürgermeister Edgar Krakau zu Neuwarp ist als zweiter Bürgermeister der Stadt Cüstrin für die gesetzliche 12jährige Amtsdauer bestätigt worden.

— General Kaulbars tummelt sich gegenwärtig sehr vergnügt und seelenfroh mit seiner Familie in der sächsischen Schweiz herum.

— Zum Vize-Präsidenten des Reichsbankdirektoriums wird das Mitglied des Direktorium Böse nach der „Kreuz-Ztg." ernannt werden.

— Landgerichtsrath Zerges in Straßburg zum Rath bei dem Oberlandesgericht in Kolmar, Landgerichtsrath von Baestenfels in Straßburg zum Direktor bei dem Landgericht in Saargemünd ernannt; Landgerichtsdirektor Krieger vom Landgericht in Saargemünd an das Landgericht in Straßburg versetzt.

— Franz Lenbach hat sich, wie ein römischer Korrespondent der „Köln. Zeitung" hört, mit Comtesse Magdalena Moltke, Tochter der verwittweten Gräfin Frida Moltke in Breslau, verlobt.

Gerichtszeitung.

⚒ **Leipzig**, 30. April. Ein weitere, namentlich akademische Kreise interessirender Ehrenhandel kam gestern vor

[Nachdruck verboten.]

Hallesches Stadt-Theater.

Montag, den 2. Mai. Beginn 7 Uhr.

147. Abonnements-Vorstellung. (Blaue Karten.)

„Die Afrikanerin."

Don Pedro, Vorsitzender im Rathe der Königin . . . . . Adolf Uttner.
Don Diego, Admiral . . . . . Georg Schaffnit.
Ines, seine Tochter . . . . . C. Charles-Hirsch.
Vasco de Gama, Marineoffizier . . Benno Köhke.
Don Alvar, Mitglied des Rathes . Jgn. Zimmermann.
Der Großinquisitor von Lissabon . Friedrich Kettler.
Nelusco, Sklave . . . . . Emil Hettstedt.
Selica, Sklavin . . . . . Carrie Goldsticker.
Der Oberpriester des Brahma . . Ernst Wehrle.
Anna, Ines Dienerin . . . . . Louise Schaffnit.

Marineoffiziere. Bischöfe. Räthe. Priester des Brahma. Indier und Indierinnen. Offiziere. Soldaten. Matrosen.

Nach dem 3. Akt eine größere Pause.
Im 4. Akt: Zug der Wilden, Häuptlinge, Priester, Krieger.

Amazonentanz, Bajadèrentanz, arrangirt von Josefine Strengsmann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870503 1-10/fragment/page=0003

dem hiesigen Schöffengericht zum Austrag, nachdem eine zehn Monate dauernde Untersuchung vorausgegangen. Im Herbst vorigen Jahres kam der Realschullehrer Dr R. in Forst i. L. mit seinem Collegen Dr. S. in eine Ehrendifferenz. Letzterer schrieb darum an den Vorstand der Verbindung Arminia hierselbst und frug an, ob R. sich nicht ehrenrühriger Dinge während seiner Leipziger Studienzeit schuldig gemacht habe. Darauf antwortete der damalige Schriftführer der Arminia stud. theol. Gr. im Namen des Vorstandes. R. sei wegen Betruges am 30. Mai 1876 aus der Arminia c. i. (eum infamia) exludirt worden und der diesbezügliche Brief kam auch zur Kenntniß der vorgesetzten Behörde R.'s, des Provinzialschulkollegiums, welches selbstverständlich verlangte, daß er sich gegen diesen schweren Vorwurf rechfertige. Somit erhob Dr. R. Privatklage gegen den Studiosus Gr. wegen verleumderischer Beleidigung. Die Voruntersuchung ist noch gegenwärtig anhängig, daß Gr. vollständig im guten Glauben gehandelt, als er die Auskunft gab, weil das Album der Arminia vom Jahre 1876, also als Gr. noch gar nicht der Verbindung angehörte, die Bemerkung hinter R.'s Namen enthielt „ist wegen Betruges c. i. exludirt worden." Ferner geht aus einem Protokoll über eine Ehrengerichtssitzung der Arminia hervor, daß R. mehrmals in einer Eurrizischer Gesellstube auf den Namen von Committionen gebogt habe und darin der Betrug zu finden sei. In der gestrigen Hauptverhandlung nun machte der Vertreter des Beklagten Rechtsanwalt Freytag II, diesen Umstand zu Gunsten seines Mandanten geltend. Hierzu behauptete R. durch seinen Vertreter R.-A. Zehme, es sei so etwas ein einziges Mal aus Versehen vorgekommen und habe er, sobald er Kenntniß davon erhalten, den Betrag erstattet. Ferner wird von klägerischer Seite bestritten, daß das verlesene Protokoll, sowie die Untersuchungen studentischer Ehrengerichte zuverlässig seien. Das Universitätsgericht habe sich gutachtlich dahin geäußert, daß R. nur „mangels Uebergreifenstimmung mit den burschenschaftlichen Tendenzen" dimittirt worden wäre. Davon hätte Gr. sich erst vergewissern müssen, ehe er eine so weittragende und schwerwiegende Auskunft über R. abgeben durfte. Herr R.-A. Freytag gab zu, daß die damalige Anzeige der Arminia an das Universitätsgericht so gelautet haben könne, denn es gebe eine offizielle Exklusion c. i. eben überhaupt nicht, interne Studentenansichten aber vermöchte ein Universitätsgutachten niemals wirkungslos zu machen. Sein Mandant habe mit voller Berechtigung annehmen dürfen, der Exklusionsvermerk im Album der „Arminia" sei den Thatsachen entsprechend und für ihn allein maßgebend. Schließlich kommt ein von klägerischer Seite angebotener Vergleich zu Stande, wonach beide Parteien die Kosten je zur Hälfte tragen und Gr. erklärt, daß R. zwar exludirt worden sei, daß die Exklusion aber nicht „c. i." erfolgt wäre.

— Kassel, 29. April. Seit Jahrzehnten hat hier zu Lande kein Prozeß ein solch ungewöhnliches Aufsehen erregt, als der heute von dem hiesigen Schwurgericht verhandelte, gegen den Fleischermeister Carl Friedrich Götte, den Geschäftsführer des Viehimportgeschäftes Gebrüder Eberhagen hverselbst. Es behandelte sich um das blutige Drama vom 14. Januar d. J., wo auf offener Straße ein Bürger den anderen tödtete, indem Götte, von seinem Nachbar, dem Produktenhändler Philipp Steinbach, mit einer Mistgabel verfolgt, diesen erstach. Der Andrang des Publikums war über alle Maßen, waren doch Götte wie Steinbach stadtbekannte Persönlichkeiten. Der Zutritt war daher nur gegen Karten gestattet. Die Anklage gegen Götte, einen 44 Jahre alten, starken, breitschulterigen Mann, lautete auf Todtschlag, während vom Anfang an in allen Schichten der Bevölkerung die vielfach erörterte Ansicht herrschte, es liege hier ein Fall eclatanter Nothwehr vor. Der Sachverhalt ist dahl erzählt. Götte und Steinbach sind Nachbarn; vor 10 Jahren hatte nun Götte über die verheirathete Tochter des Steinbach kränkende Mittheilungen gemacht, die er nicht beweisen konnte, und wurde ja einer Geldstrafe von 75 Mark verurtheilt. Seit diesem von Steinbach angestrengten Prozesse datirt die Feindschaft zwischen Beiden. Obwohl Götte den Prozeß verloren hatte, war er doch der nachgiebigere, versöhnliche Theil, während Steinbach, ein 65 Jahre alter, großer, sehr kräftiger und überdies reicher Mann, einen unverbrüchlichen Haß gegen Götte hegte und alle Ausgleichsversuche scharf zurückwies. Steinbach war dem Götte furchtbar aufgelesen und verfolgte ihn mit den gemeinsten Schimpfereien auf Schritt und Tritt. Es kam deshalb in den Restaurationen mehrfach zu heftigen Auftritten und mehr als einmal hat Steinbach vieleicht Gegnern auf offener Straße, im Wirthshaus, Schlachthaus 2c. mit Totschlagen gedroht; unzählige Male hat er ihm zugerufen: „Bump, Dir breche ich alle Knochen entzwei!" Trotzdem blieb Götte ruhig, ja er vermied den Streit und ging seinem Todfeinde, wo er konnte, aus dem Wege. Desto schlimmer war Steinbach und er provocirte wiederholt Thätlichkeiten. Im Oktober vorigen Jahres drang er, mit einem Knüttel bewaffnet, auf den Hof und schlug auf Götte ein, denn dabei ein Daumen entzwei geschlagen wurde. Am 4. Jan. d. J. — zehn Tage vor der That — schlich sich Steinbach, ein Beschreiben in der hocherhobenen Hand, auf den Zehen hinter Götte her, schon wollte er zum Schlage ausholen, da witterte Götte Gefahr, sah sich um und, indem er zur Seite sprang, entrann er nur mit knapper Noth seinem Verfolger. Am Morgen des 14. Januar stieß Steinbach, bewaffnet in seinem Thorweg stehend, abermals Drohungen aus, worauf Götte auf die Polizei ging und polizeilichen Schutz nachsuchte. Hier hielt man die Drohungen nicht für ernst und bat, dem Manne aus dem Wege zu gehen. Als Nachmittags 4 Uhr Götte die Gemeinstraße ging, stürzte Steinbach mit hocherhobener Mistgabel hinter ihm her und rief: „Hund, Du mußt sterben!" Götte flüchtete sich auf den Hausflur, er wurde in die Ecke gedrängt und konnte nicht weiter. Steinbach schlug und stach mehrfach nach ihm und brachte ihm auch drei Verletzungen am Kopfe bei. Götte, der sich vergeblich mit einem Stocke gewehrt, gerieth nun mit seinem Gegner ins Handgemenge, es war ein Ringen auf Leben und Tod; da faßte er in die Tasche und stieß Steinbach das Taschenmesser in den Hals, die Schlagader wurde getroffen und der Tod trat sofort ein. Die Beweismomente fiel durchweg zu Gunsten Gottes aus; er hatte sich sofort freiwillig als Thäter gestellt. Die Geschworenen nahmen denn auch Nothwehr an und erfolgte kostenlose Freisprechung.

Handel, Industrie und Finanzen.

— Die Betriebseinnahme der Hallescher Straßenbahn betrug pro April 1887 13 511.50 ℳ gegen 1886 mit 13 343.10 ℳ; mithin plus April 1887 168.40 ℳ. Die Gesammt-Betriebs-Einnahmen Januar bis incl. April betragen: 1887 45 201.40 ℳ gegen 1886 mit 44 145.40 ℳ. Mithin plus pro 1887 1056.00 ℳ.

— Die Deutsche Bank macht bekannt, daß sie, wie seitens anderer Geldinstitute bereits geschehen, nunmehr gleichfalls sich genöthigt sehe, den Zinsfuß für Depositen-Einlagen ohne Kündigung auf 1½ pCt. herabzusetzen.

— Der Jahresbericht des Deutschen Lloyd, Berlin, für 1886 betont die günstigen Witterungsverhältnisse dieses Jahres, welche einen befriedigenden Abschluß zur Folge hatten. Die Brutto-Prämien-Einnahmen sind etwas geringer als im Vorjahre, die Netto-Prämien dagegen etwas höher. Der Netto-Gewinn beträgt nach Abzug der Tantièmen 362552 ℳ, wovon 125000 ℳ dem Sparfonds überwiesen und 20000 ℳ als Dividende von 3⅓ pCt. vertheilt werden. Der Reservefonds hat seine statutmäßige Höhe von 500000 ℳ bereits erreicht, der Sparfonds ist auf 475000 ℳ gestiegen.

— Der Geschäftsbericht der Sächsischen Bankgesellschaft bestätigt, daß für 1886 eine Dividende von 3⅓ pCt. gegen vorjährige 5 pCt. gezahlt werden soll. Der Rückgang des Erträgnisses wird dem niedrigen Geldstande und der Zurückhaltung des Publikums vom Börsengeschäft zugeschrieben.

— Nach Ausweis der westdeutschen Stadeisen-Statistik pro März betrug die Erzeugung in diesem Monat 31426 Tonnen, der Absatz 32619 Tonnen und die eingegangenen Bestellungen 23371 Tonnen.

— Die mit einem Actiencapital von 1200000 ℳ gegründete Gesellschaft Aluminium- u. Magnesium-Fabrik, Patent Grätzel, in Bremen, schließt das Jahr 1886 mit einem Verlust von 82848 ℳ ab. Davon fallen 10888 Mark auf Abschreibungen.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 1. Mai. (Privattelegramm der Hall. Ztg.) Dem Professor an der technischen Hochschule zu Aachen Dr. Willner ist der Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen worden.

Köln, 1. Mai. Der Köln. Ztg. meldet man aus St. Petersburg in Ergänzung früherer Meldungen, daß die Unsicherheit über das Verbleiben des Ministers Giers im Amte jetzt als beseitigt erachtet werden kann. Herr v. Giers wird auch fernerhin das Auswärtige Ministerium leiten.

Aachen, 1. Mai. Das Begräbnis Reumonts hat unter Theilnahme der Spitzen der Behörden stattgefunden. Im Auftrage der Kaiserin und des Kronprinzenpaares wurden drei Kränze auf den Sarg niedergelegt. Florenz sandte ein Beleidstelegramm. Vom Rathhause wehten Trauerfahnen.

Frankfurt a. M., 1. Mai. Zur Branntweinsteuer wird der Frkf. Ztg. gemeldet: „Der Hauptgedanke der neuen Vorlage besteht nach der Mittheilung einer Stelle, die darüber informirt sein könnte, in Folgendem: Ein bestimmtes nach dem Konsum in Norddeutschland bemessenes Quantum der Spiritusproduktion soll einer Konsumsteuer von 50 Mk. pro Hektoliter unterliegen; die über dieses Quantum hinausgehende Produktion soll mit 70 Mk. pro Hektoliter besteuert werden; auf diese Weise würde also doch eine Art Kontingentirung eingeführt werden. Den süddeutschen Staaten ist gegenüber der Konkurrenz der norddeutschen Brennereien dadurch ein Vortheil zugesichert, daß der Steuersatz für das die geringere Steuer zahlende Quantum niedriger gegriffen ist."

München, 1. Mai. Um vergangene Mitternacht brach auf dem Malzdörrboden der Eberlbrauerei an der Sendlingerstraße ein großes Feuer aus, das bei den weit umherfliegenden Funkengarben einen sehr gefährlichen Charakter annahm, durch die Anstrengungen der in ihrer Gesammtstärke herbeigeeilten Feuerwehr aber schließlich auf seinen Heerd beschränkt wurde. Eine Verunglückung von Personen ist, so weit bis jetzt bekannt, nicht vorgekommen.

Wien, 1. Mai. In der vom Parlament veranstalteten Sanitäts-Enquete erklärten sich die Herren Professoren Bamberger und Albert für Errichtung eines Reichsgesundheitsamtes nach deutschem Vorbilde. Herr Professor Billroth sprach sich dagegen aus und plaidirte für Errichtung einzelner hygienischer Universitäts-Institutionen.

Paris, 1. Mai. Gestern Abend fand vor Vertretern der Presse und einem gewählten Publikum eine Generalprobe des „Lohengrin" statt. Die Aufführung begann nm 8 Uhr und endete um 1 Uhr Morgens. Lamourour war Gegenstand begeisterter Ovationen. Die Ausführung war eine vorzügliche, besonderen Beifall fand die Ouverture. Wie es heißt, würde die erste öffentliche Aufführung des „Lohengrin" am Dienstage stattfinden.

Sofia, 1. Mai. Die Aufnahme einer Anleihe stößt immer auf neue Schwierigkeiten. Rußlands Anfechtung der Legalität des gegenwärtigen Regimes schreckt die Banquiers zurück.

Athen, 1. Mai. Der König, die Königin und der Kronprinz werden sich morgen Montag auf drei Wochen nach dem Peloponnes begeben.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

Berlin, 30. April. Weizen per 1000 Kilogr. loco still, Termine wenig verändert, gekündigt 350 Tonnen, Kündigungspreis 176 Mk. bez., Loco 160—176 Mk. nach Qualität bez., gelbe Lieferungsqualität 173 Mk. bez., per diesen Monat 176,5 bis 175,75 Mk. bez., Durchschnittspreis 176 Mk. bez., per April-Mai 176,5—175,75 Mk. bez., per Mai-Juni und per Juni-Juli 176,25—175,75 Mk. bez., per Juli-August 168,5—168 Mk. bez., per August-September —Mk. bez., per September-Oktober 166,5—166 Mk. bez., per Oktober-November —Mk. bez. — Weizen (neuer Ernte) mit Ausschluß von Kaufweizen) per 1000 Kilogr. loco fest, Termine —, gekündigt 100 Tonnen, Kündigungspreis 176 Mk. bez., Loco 160—176 Mk. nach Qualität bez., Lieferungsqualität 173 Mk. bez., per diesen Monat 176 Mk., Durchschnittspreis 176 Mk. bez., per April-Mai —Mk. nom., per Juni-Juli —Mk. bez., per Juli-August —Mk. bez., per November-September —Mk. bez. — Roggen per 1000 Kilogr. loco fest, Termine fest, gekündigt 1550 Tonnen, Kündigungspreis 123,25 Mk. bez., Loco 119—125 Mk. nach Qualität bez., Lieferungsqualität 123 Mk. bez., inländischer unter 123 Mk. ab Bahn bez., mittel —Mk. bez., feiner —Mk. bez., per diesen Monat 123,25 Mk. bez., Durchschnittspreis 123,25 Mk. bez., per April-Mai und per Mai-Juni 123,25—123 Mk. bez., per Juni-Juli 124,25 Mk. bez., per Juli-August 125,25 Mk. bez., per August-September —Mk. bez., per September-Oktober 128 Mk. bez., per Oktober-November —Mk. bez. — Gerste per 1000 Kilogr. kaum, grobe und feine 105—190 Mk. nach Qualität bez. — Hafer per 1000 Kilogr. loco feine Waare fest, Termine ruhig, unverändert, gekündigt — Tonnen, Kündigungspreis — Mk. bez., loco 90—133 Mk. nach Qualität bez., Lieferungsqualität 93 Mk. bez., pommerscher mittel 112—115 Mk. bez., guter 116—119 Mk. bez., feiner 121—125 Mk. ab Bahn bez., preußischer mittel 112—115 Mk. bez., guter 116—119 Mk. bez., feiner 121—125 Mk. ab Bahn bez., russischer 92—96 Mk. frei Wagen bez., per diesen Monat 94,5 Mk. nom., Durchschnittspreis 94,5 Mk. bez., per April-Mai 94,5 Mk. nom., per Mai-Juni 94,75—94,5 Mk. bez., per Juni-Juli 96,75 Mk. bez., per Juli-August 98,75—98,5 Mk. bez., per September-Oktober 103 Mk. bez.

Magdeburg, 30. April. (Gebr. Friedeberg.) Landweizen 164—169 Mk., Weißweizen — Mk., glatter engl. Weizen 156—168 Mk., Kaukweizen 158 bis 165 Mk., Roggen 123—126 Mk., Chevaliergerste 145—160 Mk., Landgerste 134—142 Mk., Hafer 105—120 Mk. per 1000 Kilogr.

Leipzig, 30. April. (Freitag verstehen sich erste Kosten excl. Provision, Courtage 2c.) Weizen per 1000 Kilogr. netto loco hiesiger 172—178 Mk. bez., fremder 200—210 Mk. nom., feiner — Roggen per 1000 Kilogr. netto loco hiesiger und fremder 131—135 Mk. bez., fest. Gerste per 1000 Kilogr. netto loco hiesige 120—150 Mk. bez., feinste über Notiz. Futtermaare 110—120 Mk. bez. u. Br. — Hafer per 1000 Kilogr. netto loco hiesiger 114—117 Mk. bez. u. Br.

Breslau, 30. April. Weizen — Roggen April-Mai 127,00, Mai-Juni 127,00, September-Oktober 131,00.

Stettin, 30. April. Weizen fest, loco 168,00—170,00, per April-Mai 170,50, per Juni-Juli 171,50. — Roggen behauptet, loco 117,00—119,00, per April-Mai 119,50, per Juni-Juli 122,00.

Köln, 30. April. Weizen loco hiesiger 17,75, fremder 18,75, per Mai 17,60, per Juli 18,15, November 17,85. — Roggen loco hiesiger 14,50, per Mai 12,80, per Juli 12,85, per November 13,20. — Hafer loco 11,75.

Hamburg, 30. April. Weizen loco fest, holsteinischer loco 165,00 bis 170,00. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 125,00 bis 130,00, russischer loco ruhig, 90,00 bis 98,00. Hafer und Gerste matt.

Wien, 30. April. Weizen per Frühjahr 8,71 Gd. 9,76 Br., per Mai-Juni 9,46 Gd., 9,48 Br., per Herbst 8,56 Gd., 8,58 Br. Roggen per Frühjahr 6,87 Gd., 6,92 Br., per Mai-Juni 6,80 Gd., 6,85 Br., per Herbst 6,67 Gd., 6,72 Br. — Hafer per Frühjahr 6,12 Gd., 6,14 Br., per Mai-Juni 6,12 Gd., 6,14 Br.

Pest, 30. April, Vorm. Weizen loco geschäftslos, per Frühjahr 9,05 Gd., 9,10 Br., per Herbst 8,21 Gd., 8,23 Br. — Hafer per Herbst 6,04 Gd., 6,06 Br.

Berlin, 30. April, Nachm. (Schlußbericht.) Weizen fest, April 25,60, per Mai 25,75, per Mai-August 25,90, per Juli-August 26,10. — Roggen fest, per April 15,75, per Mai-August 15,75.

Berlin, 30. April, Abends. Weizen fest, per April 25,75, per Mai 25,80, per Mai-August 25,90, per Juli-August 26,10.

Amsterdam, 30. April. Weizen per Mai —, per November 224. — Roggen per Mai 114—115, per Oktober 121—122.

Antwerpen, 30. April. (Schlußbericht.) Weizen still. — Roggen fest. — Hafer unverändert. — Gerste ruhig.

London, 30. April. An der Küste angeboten 1 Weizenladungen.

New-York, 29. April. Rother Winterweizen loco — D. 94 c., per April — D. 93⅞ c., per Mai — D. 93 c., per September — D. 92⅛ c.

Magdeburger Börse.

Zucker.	29. April.	30. April.
Granulated	—	—
Kristallzucker I.	—	—
Kristallzucker II.	—	—
Kornzucker 96°	21,60—21,90 M.	21,60—21,80 M.
Korn. Rend. 88°	20,30—20,90 M.	20,30—20,80 M.
do. Rend. 75°	16,20—18,00 M.	16,20—18,00 M.

Tendenz am 30. April: Ruhig.

	29. April.	30. April.
ff. Brodraffinade	27,00 M.	27,00 M.
f. Brodraffinade	26,50 M.	26,50 M.
Gem. Raffinade	26,00—26,50 M.	26,00—26,50 M.
Hart. Brode	25,50—25,75 M.	25,50—25,75 M.

Tendenz am 30. April: Fest.

Magdeburger Börse vom 29. April.

Rohzucker I. Produkt:
Transito f. a. B. Hamburg.
April —. G., — Br., 11,55 bez.
April-Mai —. bez., —. G., — Br.
Mai 11,65—11,70—11,72½, —11,65 bez. —.— Br.
Juni —. G., —.— Br., —. bez.
Juni-Juli 11,95—11,92½, —11,90—11,87½, —11,80—11,95 bez.
Juli-August —. bez., —. G., —Br.
August 12,00—11,95 bez. u. G., 12,05 Br.
Okt.-Dez. 11,50 Br., 11,40 G., —.— bez.
Tendenz: Matt. Preise sehr unregelmäßig.
Die Notierungen der Kaufmannschaft.

Paris, 30. April. (Telegr.) Rohzucker 88° behauptet loco 28,50 Frcs. Weißer Zucker fest, unbelebt, Nr. 3 per 100 pr. April 33,00, pr. Mai 33,00 pei Mai-Aug. 33,38 Okt. Oktober-Januar 33,30.

London, 30. April. (Telegr.) 96°, Javazucker 13½ sh. tätig, Rübenrohzucker 11½, ruhig, Centrifugal Gulu

New-York, 30. April. (Telegr.) Zucker (Fair refining Muscovados) 4 1/32.

Kaffee.

Hamburg, 30. April. Kaffee fest. Umsatz 4000 Sack.

Havre, 30. April. Kaffee behauptet, 30 Min. (Telegramm von Peimann, Ziegler & Comp.) Kaffee. Havre-Rio schließt mit 5 Points Baisse. Rio 8000 B., Santos 11,000 B. Neuettes für gestern.

Havre, 30. April. Havre. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm von Peimann, Ziegler & Comp.) Kaffee Good average Santos per Mai 95.50, per Juni 96.25, per Juli 96.50, per August 96.75, per Sept. 97.00, per Oktober 97.25, per November 97.50 Dezember —.—, Stimmung —.—.

New-York, 30. April. (Telegr.) Kaffee (fair Rio-) 16½.

Petroleum.

Berlin, 30. April. (Amtl.) Petroleum (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß, Preise loco und Preisen von Mai-Okt. —. Termin still. Gefündigt —. Ctr. Kündigungspreis —.— M. Loco —.—, per diesen Monat 20,8, Durchschnittspreis 20,8 M., April-Mai —.—, per Mai-Juni —.—, per Juni-Juli —.—, per Juli-Aug. —.—, per Aug.-September —.—, September-Oktober 21,4.

Stettin, 30. April. Loco 10.40.

Bremen, 30. April. [Schlußbericht.] Standard white loco 6.00 bez. Sehr flau.

Hamburg, 30. April. Petroleum loco fest, Standard white loco 6.05 Br., 6.00 Gd., pr. Aug.-Dez. 6.40 Gd.

Antwerpen, 30. April. (Telegr.) [Schlußbericht.] Raffinirtes, Type weiß, loco 15¼ bez., und pr. Mai 15¼ Br. pr. Mai 15¼ Br. pr. Juli 15¼ bez. 15½ Br., pr. Sept.-Dez. 16½ bez., 16¾ Br. Steigend.

New-York, 28. April. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in New-York 6⅝ Gd., do. in Philadelphia 6⅝ Gd. Rohes Petroleum in New-York — D. 6 G., do. Pipe line Certificents — D. 6⅞ G.

Spiritus.

Berlin, 30. April. (Amtlich). Spiritus per 100 l à 100% = 10.000 l %. Loco Anfangs höher, schließt matter. Gekündigt 10 000 Liter. Kündigungspreis 39,7 M. Loco mit Faß — bez., per diesen Monat, 39,9—39,6—39,7 bez. Durchschnittspreis 38,7 bez., per April-Mai und per Mai-Juni 39,9 39,6—39,7 bez., per Juni-Juli 40,4 40,2 bez., per Juli-Aug. 41,1—40,7 —40,8 bez., per Aug.-Sept. 41,8—41,5 bez., per September-Oktober 42,4 —42,1—42,2 bez., per Oktober-November —.—. Spiritus per 100 l à 100%, = 10.000% loco ohne Faß 39,7 bez.

Magdeburg, 30. April. Kartoffelspiritus für 10.000 l % loco ohne Faß 39,40—39,70 M. Die Notierungen der Kaufmannschaft.

Posen, 30. April. Spiritus loco ohne Faß 38,00, per April 38,20, per Mai 38,00, per Juni 38,80, per Juli 39,40, per August 40,20. Geschäftslos —l. Matt.

Stettin, 30. April. Spiritus fleigend, loco 39,30, per April-Mai 39,40, per Juni-Juli 40,10, per Aug.-Sept. 41,60.

Breslau, 30. April. Spiritus per 100 l 100%, per April-Mai 38,30, Juni-Juli 39,20, per Aug.-Sept. 40,10.

Hamburg, 30. April. Spiritus ruhig, per April 24⅛, Mai-Juni 24⅛, per Juli-Aug. 26½, Sptbr.-Oktob. 27⅞ Br.

Paris, 29. April, abends. (Telegr.) Spiritus ruhig, per April 41,25, per Mai 41,50, per Mai-Aug. 41,75, per Sept.-Dez. 40,50.

Paris, 30. April, nachm. (Telegr.) Spiritus ruhig, per April 41,00, per Mai 41,50, per Mai-Aug. 41,75, Sept.-Dez. 40,50.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

Berlin, 30. April. (Amtl.) Oelsaaten per 1000 kg. Gef. —.—. Winterraps —.—, Sommerraps —.— M., Winterrüben —.— M., Sommerrüben —.— M. Rüböl per 100 kg mit Faß. Termine unverändert. Gef. 300 ctr. Kündigungspreis 43,5 Durchschnittspreis 43,5. Loco mit Faß —.—, Loco ohne Faß —.—, per diesen Monat und per April-Mai 43,5 bez., per Mai-Juni 43,5 bez., per Juni-Juli —.—, per Juli-August —.—, per August-September —.—, per September-Oktober 44,3 bez. Okt.-Nov. —.—, bez. — Leinöl per 100 kg — loco — M., Lieferung —.—.

Leipzig, 30. April. Rapsöl per 100 Kilogr. netto loco 11 bez.

Stettin, 30. April. Rüböl unverändr., pr. April-Mai 44,00, Sept.-Okt. 44,50.

Köln, 30. April. (Telegr.) Rüböl loco 23,60, per Mai 22,90, pr. Oct. 23,40.

Breslau, 30. April. Rüböl loco per April-Mai 44,00 M. per Mai-Juni —.—.

Hamburg, 30. April. Rüböl still, loco 41.

Pest, 30. April. (Telegr.) Kohlrapsöl per Aug.-Sept. 10⅞.

Paris, 29. April, abends. (Telegr.) Rüböl ruhig, per April 49,50, per Mai 49,50, per Mai-Aug. 49,75, per Sept.-Dez. 51,75.

Paris, 30. April, nachm. (Telegr.) Rüböl träge, per April 49,50, per Mai 49,25, per Mai-Aug. 49,75, per Sept.-Dez. 51,50.

New-York, 30. April. (Telegr.) Schmalz (Wilcox) 7,55, do. Fairbanks 7,50, do. Rohe & Brothers 7,50.

Hülsenfrüchte.

Berlin, 30. April. (Pol.-Präs.) Erbsen, gelbe zum Kochen, 20—30 M., Speisebohnen, weiße 30—40 M., Linsen 30—60 M. per 1000 kg.

Berlin, 30. April. (Amtl.) Mais per 1000 kg. Loco unverändert. Termine —. Gef. — t. Kündigungspreis —.— M. Loco 95—113 M. nach Qual., per diesen Mon. 103,5 Durchschnittspreis 103,5 M., per April-Mai 103,5 M., nom., per Mai-Juni 103,5 nom., per September-Oktober 105 M. nom. Erbsen per 1000 kg, Kochwaare 140—200 M. Futterwaare 117 bis 125 M. nach Qualität.

Wien, 30. April. (Telegr.) Mais per Mai-Juni 6.04 Gd., 6.06 Br., per Juli-Aug. 6.14 Gd. 6.16 Br.

Pest, 30. April. (Telegr.) Mais 1887 5.66 Gd., 5.68 Br.

New-York, 30. April. (Telegr.) Mais (New) 49½.

Mehl.

Berlin, 30. April. (Amtl.) Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 kg inkl. Sack. Still. Gefündigt —Sack. Kündigungspreis —.— M. per diesen Monat 16,50 bez. Durchschnittspreis 16,50 M. per April-Mai 16,50 bez., per Mai-Juni 16,90 bez., per Juni-Juli 17,10—17,15 bez., per Juli-Aug. 17,25 bez. per Sept.-Oct. 17,40—17,45 bez.

Berlin, 30. April. Weizenmehl Nr. 00 23,25—21,75, Nr. 0 21,75 bis 19,75 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt. Guter Begehr zu besseren Preisen. Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17,00—16,00, do. fein. Marken, Nr. 0 u. 1 19,00—17,00 bez. Nr. 0 1,75 M. Tender als Nr. 0 u. 1 per 100 kg Br. inkl. Sack. Fremde Marken mehr angeboten.

Paris, 29. April, abends. (Telegr.) Mehl 12 Marques ruhig, per April 54,30, per Mai 54,30, per Mai-Aug. 55,10, per Juli-Aug. 55,50.

Paris, 30. April, nachm. (Telegr.) Mehl steigend, per April 54,60, per Mai 54,80, per Mai-Aug. 55,50, per Juli-August 55,90.

New-York, 30. April. (Telegr.) Mehl D. 2,50 G.

Butter. Eier. Fleisch.

Berlin, 30. April. (Pol.-Präs.) Rindfleisch, von der Keule, 1,00—1,40 M., Bauchfleisch, 1,00 M., Kalbfleisch 1,00 bis 1,50 M., Hammelfleisch 0,80 1,30 M., Butter 1,80—2,80 M. per 1 kg. Eier, 60 Stück 2,40—3,00 M.

New-York, 28. April. (Telegr.) Speck 8½.

Stärke. Kartoffelmehl.

Berlin, 30. April. (Amtl.) Kartoffelmehl per 100 kg brutto inkl. Sack. Termine behauptet. Gefündigt —. Sack. Kündigungspreis —.— M. Loco 16,50 M., per diesen Monat —.— Durchschnittspreis 16,50 M., per April-Mai 16,50 M., per Mai-Juni —.—, per Juni-Juli —.—, per Juli-August —.— per August-September —.— per September-Oktober 17,10 M. Trockene Kartoffelstärke per 100 kg brutto inkl. Sack. Termine behauptet. Gefündigt —. Sack. Kündigungspreis —.— M. Loco 16,50 M., per diesen Monat —.—, Durchschnittspreis 16,50 M., per April-Mai 16,50 M., per Mai-Juni —.—, per Juni-Juli —.—, per Juli-August —.—, per August-September —.— per September-Oktober 17,10 M.

Stroh. Heu.

Berlin, 30. April. (Pol.-Präs.) Richtstroh 5,00—5,50 M., Heu 4,00—6,60 M. per 100 kg.

Kartoffeln.

Berlin, 30. April. (Pol.-Präs.) Kartoffeln 3,75—5,50 M. per 100 kg

Baumwolle und Wolle.

Liverpool, 30. April. (Telegr.) Baumwolle (Anfangsbericht). Umsatz mäßiger Geschäft 8000 B., davon für Spekulation und Export 2000 B. Amerikaner Offizielle Notirungen. Innenwolly good air 5, Western good fair 3⅜/16.

Liverpool, 29. April, Vormittags 12 Uhr 55 Min. (Telegr.) Baumwolle, Umsatz 10 000 B., davon für Spekulation und Export 2000 B. Amerikaner ½/16 theurer. Sonst fest Middl. amerikanische Lieferungs: April-Mai 5⁴⁄₆₄ werth, Mai-Juni 5⁴⁄₆₄ bo., Juni-Juli 5⁴⁄₆₄ Verkäuferpreis, Juli-August 5⁵⁄₆₄ bo., August-September 5⁵⁄₆₄ bo., September-Oktober 5²¹⁄₃₂ bo., Oktober-November 5²¹⁄₃₂ Werth, November-Dezember 5²¹⁄₃₂ bo.

Metalle.

Amsterdam, 30. April. Banzazinn 62.

London, 29. April. Zinn 102 Pfund. Kupfer 39½ Pfd. Zink 14½ Pfd. Blei, engl. 12—5/8 Pfd. Eisen, Nr. 1 Schottisch 12½ Pfd. Silberbarren

New-York, 27. April. Zinn, austral. Nr. 1. 22,70 G. Eisen, Nr. 1 Gottmaß 22 Cent.

Glasgow, 30. April. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 865836 Tons gegen 742076 Tons im vorigen Jahre. Zahl der im Betrieb befindlichen Hochöfen 81 gegen 95 im vorigen Jahre.

Verlag der Aktiengesellschaft „Hallische Zeitung" zu Halle.
Verantwortliche Redakteure, sämmtlich zu Halle:
Dr. Richard Hamel für Politik, Feuilleton und den übrigen Inhalt ausschließlich des Nachtheudenen; Dr. Ewald Schulze für Lokales, Provinzielles und Theater; Louis Lehmann für den Handels-, Börsen-, und Inseratentheil.

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:3:1-171133730-16872167818870503 1-10/fragment/page=0004